

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

143 (29.4.1906) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 64. öffentliche  
Sitzung

## Beilage zur Karlsruher Zeitung Nr. 143.

Karlsruhe, 29. April 1906.

## Badischer Landtag.

## Zweite Kammer.

## 64. öffentliche Sitzung

am Freitag den 27. April 1906.

## Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann:

1. Beratung über die geschäftliche Behandlung
  - a. des Gesetzentwurfs, die Landwirtschaftskammer betr. (der Ersten Kammer vorgelegt);
  - b. des Gesetzentwurfs, die Erbauung einer Nebenbahn von Walldürn nach Hardheim betr. (Drucksache Nr. 58);
  - c. des Antrags der Abgg. Wechtold und Genossen, die Revision der Städteordnung betr. (Drucksache Nr. 53 a);
  - d. des Gesetzesvorschlags der Abgg. Fehrenbach und Gen., die teilweise Aufhebung des Gesetzes vom 19. Februar 1874 über die Aenderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betr. (Drucksache Nr. 57);
  - e. des Antrags der Abgg. Neuwirth und Gen., die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer betr. (Drucksache Nr. 55);
  - f. des Antrags der Abgg. Wechtold und Gen., die völlige Trennung von Staat und Kirche betr. (Drucksache Nr. 56).

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß. Ministeriums des Innern für die Jahre 1906 und 1907, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VIII (für Förderung der Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 11 c und (zu § 24 der Ausgabe, ordentlicher Etat) über die Bitte der Pferdezüchtgenossenschaft Seddenheim um staatliche Unterstützung. Berichterstatter: Abg. Schüler. (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: — Minister des Innern Dr. Schenk, Geh. Oberregierungsrat Kober, die Oberregierungsräte Märklin und Hafner, der Referent für Pferdezüchtangelegenheiten Graf v. Bismarck.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung kurz vor halb 5 Uhr.

Es werden folgende Einläufe angezeigt:

1. Bitte der Untererheber Zsidor Knab Witwe in Bruchsal um Erhöhung der einmaligen Unterstützung;
2. Bitte des Komitees der Görzbahn, die Erstellung einer Lokalbahn von Radolfzell nach Dehningen betr., übergeben vom Abg. Sießler.

Auf Vorschlag des Präsidenten werden Ziffer 1 der Petitionskommission, Ziffer 2 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

Das Haus erklärt sich ferner damit einverstanden, daß die gestern abend der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesene Petition der Gemeinde Schwaibach an die Petitionskommission abgegeben werde.

Zu Ziffer 1 der Tagesordnung werden auf Vorschlag des Abg. Dr. Vinz (natl.):

- lit. a einer besonderen Kommission von 15 Mitgliedern,
- lit. b der Eisenbahnkommission,
- lit. c der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen;
- lit. d, e und f sollen unmittelbar im Plenum beraten werden.

Zu Ziffer 2 der Tagesordnung erhält zunächst das Wort

Abg. Saenger (natl.): Zu meinem größten Leidwesen war ich beim Beginn der Landwirtschaftsdebatte verhindert, hier anwesend zu sein, ich war nämlich krank. Was aber die Mixturen der Doktoren nicht zuwege brachten, das haben einige Neußerungen, die hier gefallen sind, bewirkt, sie haben mich gesund gemacht. Insbesondere die Neußerungen des Herrn Abg. v. Menzinger über die landwirtschaftlichen Genossenschaften im allgemeinen, und speziell über die landwirtschaftlichen Konsumvereine. Insofern waren seine Neußerungen „ein Teil von jener Kraft, die stets das — Beste schafft“ will ich einmal sagen.

Ich hatte natürlich von vornherein die Absicht, bei dieser Debatte zu reden, ich war aber der Meinung, ich müßte mich etwas beschränken, weil doch noch so viele Herren gemeldet sind und hatte die beste Absicht, daß diesmal meine Ausführungen in bezug auf ihre Länge im umgekehrten Verhältnis zu meiner Größe stehen sollten (Geisterkraft). Ob es aber jetzt noch der Fall sein wird, kann ich nicht versichern.

Ich war von jeher ein alter Genossenschaftler und bin auch der Ansicht, daß nicht die Schutzölle der Landwirtschaft alles helfen, sondern daß insbesondere die Hebung des Schulwesens und die weiteste Förde-

rung des Genossenschaftswesens der Landwirtschaft recht gutes bringen können. Ich gehe allerdings nicht so weit wie diejenigen, die meinen, die Schutzölle für die Landwirtschaft seien eine direkte Faulheitsprämie. Die Landwirtschaft wird immer fleißig sein und muß fleißig sein, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben und etwas herauszuwirtschaften, aber Schule, genossenschaftliche Arbeit und anderes sind für mich doch mehr wert als die Schutzölle.

Ich verstehe unter **H e b u n g d e r S c h u l e** die Hebung des Volksschulwesens und vor allem dies; denn gerade in die Volksschule müssen ja die Kinder der Landwirte in erster Linie gehen. Dann: Hebung des Fachschulwesens, soweit es irgend möglich und ich bin der Ansicht, daß es durchaus nichts schadet, wenn hier und da ein Bauer auch eine Mittelschule besucht. Ich habe selbst einige Jahre eine solche besuchen dürfen und habe sogar Lateinisch treiben müssen. Ich war allerdings nie ein großer Freund von lateinischen Vokabeln. Mit Freunden erinnere ich mich aber doch noch, daß das erste Wort, das ich lernen mußte, hieß: agricola, der Landmann.

In Titel 15 Ziffer 16, Gewerbe und gewerbliches Unterrichtswesen, sind 12 000 M. eingestellt als Beitrag zur Ausbildung von Lehrlingen in Werkstätten. Ich meine nun, einen ähnlich hohen Betrag könnte man vielleicht auch irgendwo einstellen für die Landwirtschaft. Es könnten vielleicht dann diese 12 000 M. verwendet werden zur Ausbildung junger Bauernjöhne in landwirtschaftlichen Winterschulen und Betrieben in einem anderen Gebiet, z. B. die vom Unterland im Oberland und umgekehrt; vielleicht auch in anderen Bundesstaaten oder auch ab und zu sogar im Ausland. Das würde der jungen, heranwachsenden Landwirtschaft wohl großen Gewinn bringen. Ich wäre auch der Meinung, daß, wo es irgendwo geht, die zweiten Landwirtschaftslehrer angestellt werden müßten, und daß insbesondere im Laufe der nächsten Jahre oder Jahrzehnte auch eine Vermehrung der Zahl der landwirtschaftlichen Winterschulen vorgenommen werden müßte.

Wir haben immer den Wunsch, daß auch wir im Ganauerlande mit einer solchen beglückt werden, vielleicht Rheinbischofsheim oder in der Nähe. Es ist ja richtig, daß der letzte Kurs in Offenburg von nur zwei Schülern aus dem Ganauerland besucht wurde; aber schließen Sie daraus nicht auf die Rückständigkeit des Ganauerlandes in dieser Beziehung. Ich glaube, wenn eine Schule mehr in der Nähe wäre, wenn es nicht so sehr umständlich wäre, vom Ganauerland nach Offenburg zu kommen, dann würden auch aus unserem Bezirk viel mehr Schüler in diese Schule kommen. Ich glaube, auch hier würde das Wort war werden, das Angebot steigert die Nachfrage. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß vielleicht im nächsten Jahrzehnt eine landwirtschaftliche Schule nach Rheinbischofsheim kommt.

Durch **H e b u n g d e s S c h u l w e s e n s** könnte manches gehoben werden, was auch nach meiner Ansicht noch sehr der Besserung bedürftig ist. Der Herr Kollege Kolb hat davon gesprochen (wenn auch vielleicht ungewollt etwas sehr scharf), die Landwirte seien eigentlich in manchen Sachen noch rückständig; so lange sie so häufig auf den Schwindel hereinfallen mit Futtermitteln und Kunstdünger, hat er nicht so Unrecht. Mit den Futtermitteln und dem Kunstdünger usw. ist das eine recht schlimme Sache, und die Bauern sind noch nicht genügend aufgeklärt. Ich habe hier eine ganze Sammlung, die mir von einem Freund zur Verfügung gestellt wurde über Brockmanns Futterfall. Dieser Futterfall wird gar nicht billig verkauft, jeden Tag erscheint in irgend einer bestimmten Zeitung ein anderes Inserat, ein anderes Bild; also ist ein anderes Mißgeschick nötig, das kostet viel Geld, viel

leicht Hunderttausende jährlich, und alle diese Inserate in Blättern und Kalendern müssen die Landwirte bezahlen. Hier müssen die Leute mehr aufgeklärt werden.

Mehrlich ist es mit **D ü n g e r m i t t e l n** und **F u t t e r m i t t e l n**. Ich habe hier eine Sammlung, zusammengestellt von einem Dr. Hofmann; ich will Ihnen die Namen nicht verlesen, es sind vielleicht deren 80 bis 100, lauter schwindelhafte Ammonen, Namen wie: Viehglück, Bauernfreude, Sui und Sui, Bauernseggen, Viehheil, Fehrlust usw. (Seiterkeit). Die Sachen werden immer ungefähr 100 oder 200 Prozent teurer bezahlt als sie wert sind.

Dann meine ich auch, es wird unter den Bauern immer noch zu viel mit Sympathie geheilt, statt der Tierarzt beigezogen; es wird zu viel das 6. und 7. Buch Moses gekauft, und für Albertus Magnus, wahre ägyptische Geheimnisse und dergleichen Geld ausgegeben. Es wäre besser, wenn in dem Bauernhause diese Sachen verschwinden und **f a c h w i s s e n s c h a f t l i c h e B ü c h e r** auf dem Bücherstapel Platz fänden. Wir haben sehr gute Bücher dieser Art, neuerdings ist z. B. ein solches erschienen: **N. S i n k: „M i l c h l i c h e Z i e r z u c h t“**. Aber etwas dergleichen kaufen viele Landwirte, selbst wenn es nur 3 bis 4 M. kostet, ungern, sind aber unter Umständen gern bereit für Schund- und Schauerromane 12 bis 15 M. anzuführen; sie sollten dafür ein paar sachwissenschaftliche Bücher sich anschaffen. Und wenn dann unsere Bauernbater ihre Söhne viel mehr noch in die Schule, insbesondere in die Winterschulen, schickten, und die Töchter in die landwirtschaftliche Haushaltungsschule, so wäre das von recht großem Nutzen für sie. Es hätte noch einen anderen Vorteil: sie würden mehr rechnen lernen in dieser Schule, und wenn der Steuerkommissär aufs Rathaus kommt (die Bauern zahlen bekanntlich wie alle übrigen Staatsbürger auch nicht gerne Steuer), so sind die Leute oft der Meinung, sie seien zu hoch veranlagt, aber gewöhnlich sind sie nicht in der Lage, dem Steuerkommissär genau vorzurechnen, woran das liegt und warum sie es sind. Wenn sie darüber besser orientiert wären, würde es ihnen vielleicht gelingen, etwas weniger Steuer zahlen zu müssen, und auch wenn die neue Steuerreform kommt, wäre es vielleicht recht gut, wenn sie in dieser Beziehung Bescheid wüßten.

Ich habe vorhin schon von dem **K u n s t d ü n g e r** gesprochen. Gegenwärtig werden in Deutschland für 250 Millionen Mark Kunstdünger jährlich angekauft. Bei 32 Millionen Hektar Kulturlande trifft auf 1 Hektar 7,50 M. jährlich an Kunstdünger. Das sind riesige Aufwendungen. Es ist ja ganz erfreulich, und wenn das Geld für wertvollen, gehaltreichen Kunstdünger angewandt wird, so ist es durchaus nicht zum Fenster hinausgeworfen. Aber wir haben noch keine gesetzliche Regelung über den Verkauf von Kunstdünger, wie andere Staaten, z. B. England, Frankreich, Belgien und sogar Amerika. Deswegen müssen wir dieser Sache verschärfte Aufmerksamkeit zuwenden, und nach meiner Ansicht ist es durchaus das Beste, wenn derartige Waren durch Vereinigungen, die die Interessen der Käufer wahrnehmen, angekauft werden, also durch landwirtschaftliche Vereinigungen, durch Genossenschaften.

Was durch diese **G e n o s s e n s c h a f t e n** geleistet werden kann, das hat auch ein Franzose, der ehemalige Minister Méline, in seinem jüngst erschienenen Buche dargetan. Ich habe zu meiner großen Freude auch gelesen, daß er das Molkereigenossenschaftswesen sehr lobt, das in den letzten Wochen in Baden und auch in den letzten Tagen hier im Hause viele Angriffe erfahren hat. Er hat dort auch ausgerechnet, daß bei der Ausnützung der Milch in den Molkereien aus 100 Liter Milch ganz ruhig 8 bis 10 Franken erzielt werden können, während beim

Gaubsbetrieb nach der alten Methode höchstens 6 Franken herausgebracht werden.

Noch etwas anderes ist in diesem Buche sehr interessant. Er spricht auch über die Flucht vom Lande, und behauptet, der Hauptgrund dieser Flucht sei die Streberei nach Beamtenstellen. Er hat mitgeteilt, wenn in Frankreich irgendwo ein Wunderkind zur Welt käme — und welches Elternpaar hält sein Kind nicht für ein Wunderkind (Geisterkraft) —, so berieten die Eltern schon: was für ein hoher Beamter kann dieses unser Kind einst werden? Wenn sie es machen können, gehen sie selbst in die Stadt und wohnen dort und suchen sich recht und schlecht durchzubringen, nur um die sorgfältige Ueberwachung der Erziehung des „Wunderkindes“ selbst durchzuführen zu können, und bemühen sich frühzeitig, eine Beamtenstelle zu finden. So sei es vorgekommen, sagt Méline, während seiner Tätigkeit auf dem Ministerium in Paris, daß 35 000 junge Menschen Stellen verlangt hätten als Chausseeaufseher, 7000 als Bureau-schreiber, 5000 als Schuldiener, kurzum zirka 50 000 Bewerber waren bei 400 Stellen vorhanden (Geisterkraft). Wie ist es bei uns? Vielleicht nicht ganz so schlimm, aber etwas Mephistisches haben jedenfalls auch unsere Zustände mit denen in Frankreich.

Was in dem Genossenschaftswesen geleistet werden kann, das hat insbesondere Dänemark ja gezeigt; der Herr Kollege Kolb hat schon davon gesprochen. Dänemark hat gegenwärtig neben vielen anderen Genossenschaften sogar 26 Schlächtereigenossenschaften, und in dem verhältnismäßig kleinen Lande sind 465 Eierverkaufs-genossenschaften. Auch auf dem Gebiete des Molkereiwesens marschieren die Dänen an der Spitze. Bei uns in Deutschland sind es ihre Nachbarn, die Schleswig-Holsteiner, aber so wie die Dänen bringen sie das doch noch nicht fertig. Es sind dort von 1 110 000 Milchkühen 900 000, von denen die Milch in den Molkereien verwertet wird. Das Molkereiwesen ist zu ungeahnter Bedeutung emporgeblieben infolge der Fortschritte von Technik und Wissenschaft, und ich möchte wünschen, daß es bei uns in Deutschland und speziell in Baden mehr auf diesem Gebiet vorwärts ginge, und die Angriffe, denen die Molkereien ausgesetzt sind, unterbleiben möchten.

Wie beim Bezug von Kunstdünger die Genossenschaften manchmal gut wirken können, darf ich Ihnen auch noch an einem negativen Beispiel zeigen. Es ist im letzten Herbst vorgekommen, daß eine Gändlerfirma fast allen badischen Konsumvereinen, vielleicht auch den Bauernvereinen Broschüren geschickt und alle Garantien angeboten hat, die man beim Kunstdüngerverkauf seitens der Genossenschaften den Vereinen bietet, aber sie hat behauptet, sie könnte viel billiger verkaufen als die Genossenschaften. Ein junger Verein ist darauf herein gefallen. Er bestellte bei dieser Firma einen Waggon Thomasmehl. Was war nun das Ergebnis? Die Rechnung, die uns im Original vorlag, lautete:

134 Säck 14% citr. Thomasmehl 10 050 kg	M. 316.57
à 315 M. (genau wie in unserer Liste)	„ 8.04
Aufschlag für 75 kg-Säcke	„ 10.05
	M. 324.61

(also mehr als bei uns: M. 3)

ab Rabatt

Rest M. 314.56,

Rabatt geben wir M. 16.—, daher wir mehr Rabatt M. 6.—. Der Verein bezahlt also schon im Ankauf M. 9.— mehr als bei uns. Nun kommt aber noch ein schlaues Manöver des Lieferanten dazu. Im Frachtbrief nimmt derselbe M. 24.80 als Vorfracht Dieden-

hofen—Saarbrücken nach, sodas der Verein im ganzen M. 91.45 Fracht bezahlt, statt nur M. 75.—, welches der direkte Frachtsatz ab Diedenhofen ist. Differenz M. 16.45, sodas in Wirklichkeit im ganzen M. 25.45 mehr bezahlt wurde, als durch unsere Vermittelung, und dazu noch M. 6.— Untersuchungskosten.

Die Untersuchung ergab nun laut Untersuchungsbe-fund Großh. Landwirtschaftlicher Versuchsanstalt Augustenberg vom 19. Dezember 1905 10.31 Proz. citr. Phosphorsäure, daher Differenz gegenüber dem berechneten Gehalt von 14 Proz. — 3.69 Proz à 22.50 M. = M. 83.— Minderwert ohne Berücksichtigung der Mehrfracht für solch niederprozentige Ware gegenüber hochprozentigem Thomasmehl.

Dieser Fall zeigt wieder einmal schlagend, wie notwendig die Gründung von landwirtschaftlichen Bezugs-genossenschaften und wie wichtig es ist, daß eine Zentralstelle vorhanden ist, durch die Waren nach reellsten kaufmännischen Grundsätzen vermittelt werden. Ohne diese Zentralstelle würden die Landwirte in vielen Fällen über-vorteilt werden. Eine Nachuntersuchung allein genügt nicht, man muß auch die Offerten zu lesen und zu beurteilen verstehen, sowie sein Recht zu wahren wissen.

Bis zur Stunde hat der Verein die Differenz mit M. 31.45 + M. 83.00 + M. 5.— verprochener Mehr-rabatt, im ganzen daher M. 119.45, noch nicht erhalten können. Der Lieferant geht stillschweigend darüber hinweg.

Der Herr Kollege von Menzingen hat seine Angriffe gegen die Konsumvereine, die Getreidelager und gegen den Konsumverband gerichtet. Ich möchte doch ausdrücklich hier feststellen, daß auf unserer Seite die Angriffe nicht begonnen wurden (Sehr richtig!). Ich möchte sehr bezweifeln, daß der Bauernverein und der Konsumvereinsverband, wenn sie eine Wäsche miteinander zu waschen haben (wenn wir es so nennen wollen) — was aber noch nicht einmal notwendig ist, das gerade hier im Landtag tun müssen. Noch mehr hat es mich gewundert, daß auch der Herr Präsident des Badischen Bauernvereins, der Herr Kollege Schüler, in denselben Ton verfallen ist und auch von „wüster Hege“ und dergleichen Dingen gesprochen hat.

Es sind auch Zahlen über die Tätigkeit des Badischen Bauernvereins genannt worden. Ich glaube, es sind 900 000 Zentner Futtermittel, Kunstdünger usw. im vorigen Jahre vermittelt worden; es wurde beim Bauernverein ein Umsatz von vier Millionen Mark erzielt. Das veranlaßt mich aber natürlich, Ihnen auch diejenigen Zahlen mitzuteilen, die angeben, was der Verband badischer landwirtschaftlicher Konsumvereine vermittelt und umgesetzt hat. Ich kann mit Stolz sagen: es sind das ganz andere Zahlen; sie sind hier wohl noch nie mitgeteilt worden. Es wäre sonst auch deren Mitteilung unnötig gewesen; jetzt fühle ich mich aber verpflichtet dazu.

Der Landwirtschaftliche Konsumvereinsverband hat voriges Jahr an seine Vereine 546 545 Zentner Gild-dünger für 1 170 000 M. geliefert; Kraftfuttermittel nahezu 200 000 Zentner für 1 180 000 M.; Steinkohlen 211 200 Zentner für 215 300 M.; Maschinen und Son-stiges für 195 500 M.; Sämereien 8018 Zentner für 143 000 M. Verkaufte Getreidemenge (also genossen-schaftlich verkauftes Getreide) 589 Waggons zu 975 000 M. Der Gesamtumsatz aber betrug, wenn wir den kaufmännischen Umsatz rechnen wollen, nicht wie beim Bauernverein vier Millionen, sondern vierzehn Millionen. Vierzehn Vereine haben sich außerdem mit dem genossenschaftlichen Eierverkauf befaßt; es wurden genossenschaftlich verschickt 720 000 Stück zu 50 400 M.

Wir hatten außerdem 19 Tabakbauvereine, welche sich mit dem Anbau von Qualitätstabak befähigen. Es waren ferner über 16 000 Mitglieder gegen die Folgen der gesetzlichen Haftpflicht versichert und zwar zu recht billigen Prämienätzen, nämlich pro Mitglied zu 2,40 M. Wir haben uns auch um den Weinabsatz gekümmert und zwar ohne Staatsunterstützung. Wir haben bei unserem Verbandstag hier sogar eine sogenannte Weinausstellung in der Ausstellungshalle neben der Festhalle arrangiert; diese wurde von dem hiesigen Publikum und auch von auswärtigen Geschäftsleuten sehr stark besucht, es war noch eine Maschinenausstellung damit verbunden. Es soll sogar vorgekommen sein, daß es ab und zu einem der Besucher — wenn er nicht vorsichtig genug gewesen war, sich die Maschinenausstellung, die in einer davor gelegenen Halle sich befand, sich vorher recht gründlich anzusehen — dann nicht mehr möglich gewesen sei, das nachträglich noch zu tun (Geiterkeit). Das hat aber gar nichts geschadet; im Gegenteil, die Leute haben sich von der guten Qualität der badischen Weine überzeugt und die Weinproduzenten waren recht zufrieden, nicht nur mit dem hiesigen Verkauf der Weine, sondern auch mit den nachgekommenen Weinbestellungen. Es hat uns das viele Hundert Mark gekostet; wir haben diese Ausgabe aber gerne gemacht; wir sind in unserem Verband jederzeit gerne bereit, für allgemeine landwirtschaftliche Zwecke Geld auszugeben und Opfer zu bringen.

Wir haben auch Erhebungen über Weinverkauf und Verkauf bei unseren Konsumvereinen im Lande draußen gemacht und sind zu dem gleichen Resultate gekommen, wie es der Herr Kollege Schüler bezüglich seines Bauernvereins mitgeteilt hat. Es lagern noch riesige Mengen zu recht billigen Preisen.

Ich möchte mir erlauben, den Vorschlag zu machen, daß bei der Jubiläumsausstellung im Herbst 1906 auch eine Weinausstellung unternommen wird, wobei nicht wie in den Ausstellungen der „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ nur Flaschenweine, nur die besten Sorten zu recht teuren Preisen verkauft werden, sondern ich glaube, daß gerade alle Sorten Naturweine, auch billige, zu recht niederen Preisen ausgesetzt werden sollten. Das Publikum muß durch alle möglichen Mittel herangezogen werden, auch durch Reklame — es muß die Reklametrommel für die badischen Weine tüchtig gerührt werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß das Publikum bei dieser Gelegenheit auch tüchtig Wein trinken kann; es soll sich von dem Geschmack der badischen Weine überzeugen. Denn nach meiner Ansicht liegt ein großer Fehler darin, daß das Publikum Naturweine nicht mehr trinken kann (Sehr richtig!). Es kann nur „verbesserte“ verzuckerte Weine trinken. Voriges Jahr haben mir verschiedene Herren gesagt, sie hätten gar nicht gewußt, daß es solche Weine in Baden gibt. In Karlsruhe kennt man in den Weinwirtschaften und in den Wirtschaften überhaupt noch badische Weine; in Mannheim bekommt man überhaupt nur Moselweine empfohlen (Sehr richtig! Abg. Süßkind: Musbacher! Geiterkeit!), die badischen Weine sind dort geradezu ausgestorben. Ich möchte sagen, daß, wenn recht viel Publikum hierher kommt, wenn tüchtig Reklame gemacht und bei dieser Gelegenheit auch tüchtig Wein getrunken wird, das für den Absatz unserer badischen Weine recht gute Früchte zeitigen könnte. Ich möchte diese Reklame sogar bis Pforzheim, Mannheim und Heidelberg ausgedehnt wissen.

Ueber das Automobilwesen soll man ja nach der Meinung des Herrn Präsidenten nicht sprechen. Ich will also nur ganz wenige Worte sagen. Aber etwas

zeigen muß ich Ihnen. Es hat ein Herr aus meinem Wahlkreis — ich weiß nicht, ob innerhalb der letzten Wochen oder innerhalb der letzten Monate — sich die Mühe genommen, alle möglichen Geschichten, die über das Automobilwesen in den Zeitungen standen, herauszuschneiden und sie auf einen Bogen zu kleben, und diesen Bogen hat er mir zugesandt. Es sind viele Dutzende von solchen Mitteilungen und Liebenswürdigkeiten (zeigt einen großen Bogen mit Zeitungsausschnitten vor. Geiterkeit). Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß es recht schlimm damit ist. Ich will aber jetzt mit der Geschwindigkeit, die dieser Materie eigen ist, darüber hinweggehen.

Ich habe Ihnen vorhin mitgeteilt, wie alles durch das Genossenschaftswesen gefördert werden kann. Ich meine also, die Regierung müßte auch fernerhin alle Bestrebungen fördern, welche dahin zielen, für Baden ein gefundenes, von keiner Partei abhängiges landwirtschaftliches Genossenschaftswesen tüchtig auszubauen. Landwirtschaftlichen Versuchs-Schreiben der Großh. Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg, der diesem meinem eben geäußerten Wunsche allerdings nicht ganz entspricht. Es betrifft die Gebühren für Untersuchungen von Kunstdüngern. Dieses Schreiben bezieht sich auf den Erlaß des Großh. Ministeriums des Innern vom 13. Januar dieses Jahres, Nr. 1903, und die Anstaltsdirektion schreibt einleitend: „Nach § 4 des Statuts der Anstalt sind bisher Proben gekaufter landwirtschaftlicher Bedarfsartikel, soweit sie durch Vermittlung der Direktoren der Bezirksvereine oder des Vorstandes des Verbandes der landwirtschaftlichen Konsumvereine oder des Bauernvereins eingehandelt wurden, unentgeltlich untersucht worden. . . .“ Die Versuchsanstalt teilt nun hier mit, daß sie das fernerhin nicht mehr tun könne, „die Kosten für die Zukunft mit ihren Lieferanten ein Abkommen dahin träfen, daß diese Lieferanten die Untersuchung bezahlen. Ich glaube nun, die Lieferanten werden wohl sehr wehren, sie werden das nicht tun wollen. Ich hat man Jahre und Jahrzehntlang die Bauern immer und immer wieder geplagt, sie sollten doch ihre Waren einfinden und untersuchen lassen, damit sie sich überzeugen könnten, daß sie für gutes Geld gute Ware erhalten nun wird vielleicht, nach dem Erlaß zu schließen, etwas zu viel eingeschickt, und jetzt, nachdem sie das endlich einmal man lange wünschte, kommt auf einmal ein gegenseitiger Erlaß! Ich bedaure das sehr und möchte die Großh. Regierung doch bitten, auch fernerhin, wenigstens dem Bauernverein, dem Konsumvereinsverband und den landwirtschaftlichen Bezirksvereinen, kurzum allen Vereinigungen, die genossenschaftlich die Ware beziehen, die eingeschickte Probe unentgeltlich zu behandeln. Ich darf vielleicht auch hinzufügen, daß nicht alle Waren unentgeltlich untersucht werden. Der Konsumvereinsverband zahlt jährlich 5000 M. Untersuchungsgebühr an die Versuchsanstalt Augustenberg und ich bezweifle, ob die anderen Waren dieser Verband untersuchen läßt, dieselbe Summe für Es würde sich ja, wenn die Regierung auf ihrem Standpunkt stehen bleiben würde, vielleicht für unsere großen Verbände empfehlen, ein Konkurrenzunternehmen zu Leben zu rufen. Wenn wir da noch einmal 5000 M. zulegen, bekämen wir ja zwei Chemiker, die die Untersuchungen vornehmen könnten. Es wäre das aber zu bedauern, und ich möchte auch aus diesem Grunde bitten, daß die Großh. Regierung den Erlaß wieder zurückzieht und auch fernerhin die durch Genossenschaften bezogenen landwirtschaftlichen Bedarfsartikel unentgeltlich untersuchen läßt.

Auch über die Land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung muß ich noch einige Worte reden. Ich bin da zwar nicht der Ansicht des Herrn Kollegen Morgenthaler, daß nur eine Klasse der Landwirtschaft schimpft. Ich möchte sie nämlich in zwei Klassen einteilen; die eine Klasse sind die zahlenden Landwirte, die keine Rente empfangen, die heil und gesund geblieben sind und die in jährlich steigendem Maße zahlen müssen; diese Leute schimpfen, daß sie so viel zahlen müssen; und die andere Klasse sind die Rentenempfänger, die unterscheiden sich dadurch von der ersten Klasse, daß sie noch viel mehr schimpfen, nämlich darüber, daß sie so wenig Rente erhalten (Geiterkeit). Sie bedenken nicht, daß die Renten durch die Land- und Forstwirtschaft in Form von jährlichen Beiträgen aufgebracht werden müssen, und sie werden auf dem Lande von Nichtrentenempfängern in ihrer Ansicht noch bestärkt. Man hört oft am Viertisch sagen: „Sie wollen mir nicht mehr geben“, und die Leute vertreiben sich darauf. Ich habe neulich von einem Arzt gelesen, es habe sich durch den Rentenempfang eine neue Krankheit herausgebildet, der sogenannte „Rentenkoller“ (Geiterkeit). Wer einmal Rente bekommen hat, macht sich kränker durch die Angst: „Bekomme ich die Rente weiter? auch wenn ich wieder gesund werde? und ist es nicht möglich, daß ich immer und immer noch mehr Rente bekomme?“ Ich meine natürlich auch, wer etwa ein Auge verliert oder sonst unglücklich geworden ist, muß Rente bekommen, und sie ist in schweren Fällen ja überall zu haben. Aber es muß eine recht scharfe Kontrolle durchgeführt werden, und wenn wir an die Stelle der Vertrauensmänner nichts anderes zu setzen wissen, muß die Kontrolle eben durch sie durchgeführt werden. Es ist sehr zu wünschen, daß sie sich nicht durch ein falsches Humanitätsgefühl verleiten lassen, sondern recht scharf darauf sehen, daß nicht zu viel Rente bezahlt wird; denn die Rente muß aufgebracht werden durch die landwirtschaftstreibende Bevölkerung selbst.

Hocherwünscht ist, daß der § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches endlich abgeändert wird. Denn das war ein ganz gefährlicher Geselle, eine Bestie, die nicht juristischredete, einen kleinen Fuhrhalter mit Haut und Haaren, mit seinen Tieren und Haus und Hof zu verhängeln. Ich kann wohl begreifen, wenn Gelehrte Bananen zu züchten oder Ariadne auf einem Panther spazieren reitet (Geiterkeit!), daß sie für allen Schaden verantwortlich gemacht werden. Aber wenn ein kleiner Tierhalter mit einer Kuh oder einer Ziege irgendwo hingehet und die Tiere einen Schaden anrichten, kann man ihn nicht ebenso verantwortlich machen. Man kann unsere Haustiere nicht mit dem Orientexpreszug auf eine Linie stellen. Wenn diese Sache endlich geregelt wird, wird die Landwirtschaft von einem großen Alp befreit werden.

Etwas, was bei der Landwirtschaft gut rentiert, ist die Viehzucht und die Milchwirtschaft. Es werden ja in Oberbaden Tiere gezüchtet, die weit über Baden und Deutschlands Grenzen hinaus bekannt sind. Es werden von der Großregierung für die Rindviehprämierung auch Prämien gegeben im Betrage von über 100 000 M. jährlich. Ich bin auch dafür zu haben, daß das fernerhin geschieht. Denn dies ist nicht nur für Oberbaden, sondern auch für einige Gebiete Mittelbadens eine sehr gute Einnahmequelle. Wenn wir für unsere Rinderfälle etwas gutes tun wollen, gehen wir hinauf nach Oberbaden und holen uns dort frisches Blut und schöne Rasse. Ich bin aber nicht recht zufrieden mit der Prämierung insofern, als die Prämien zu minder sind. Früher hat ein Tier erster Klasse 75 M. erhalten, ein Tier zweiter Klasse noch 50 M. und ein Tier dritter Klasse 30 M. Jetzt erhält auch ein prima Tier nur 30 M. Wer mit seinem Tier an den rechten Flügel kommt, erhält, wie der andere

am linken Flügel, 30 M. Das ist nur noch ein Trinkgeld, und es hält die eigentlichen tüchtigsten Tierzüchter, die sich ihre Zucht viel Mühe und Zeit kosten lassen, ab, die Prämierungen zu besuchen. Nach der Richtung habe ich also etwas auszusagen, sonst aber bin ich zufrieden mit der Prämierung im Gegensatz zu dem Herrn Kollegen Wittenmann, der bedauert hat, daß nur liberale Kühe und rote Käler prämiert werden (Geiterkeit). Ich weiß, in den Bezirken, wo die Rindviehzucht auf einer so hohen Stufe steht wie in Oberbaden, wird allerdings neben der Gestalt und den ausgeprägten Rasseeigenschaften auch auf die Farbe gesehen, auf die Farbe der Haare am Kopf und an den Körperteilen (Abg. Eichhorn: Und des Besitzers! Geiterkeit). Nein, nicht des Besitzers, sondern des Tieres! Und es besteht die Vorschrift, daß Farren gar nicht, Kühe und Rinder erst in zweiter Reihe zu prämiieren sind, wenn sie an den Maulrändern schwarze Haare haben, oder aber, wenn sie schwarze Hornspitzen oder gar ein schwarzes Flohmaul haben (Geiterkeit). Ich möchte bitten, daß man das im Interesse unserer Viehzucht ruhig stehen läßt.

Ich habe vorhin die Viehzucht und die Milchwirtschaft genannt. Ich meine, die Aussichten der Milchwirtschaft sind gegenwärtig und auch für die Zukunft recht gute. Denn der Konsum von Milch nimmt erfreulicherweise überall sehr zu. Milch ist immer noch das billigste Volksmittel und ich möchte nur wünschen, daß besonders auch in den großen Städten immer mehr Milch gekauft und genossen wird. Ich habe neulich ein Rezept gelesen, daß man Milchbuletten herstellen kann aus Magermilch, 3 Liter zu 12 Pf. — das wäre für das Land schon ein hoher Preis — und einem Viertelpfund Fleisch, zusammen also 32 Pf. Man erhält dabei so gute Klopsche, daß sie von wirklichen Fleischbulettes nicht zu unterscheiden seien; letztere kosten aber 80 Pf., erstere nur 32 Pf. Wer Interesse daran hat und das Rezept mitnehmen will, dem steht es hier zur Verfügung. Es steht diese Beurteilung der Milch auch im Einklang mit der Erzählung, daß die lange Lebensdauer der alttestamentlichen Patriarchen hauptsächlich auf den Genuß von Sauermilch zurückzuführen sei (Geiterkeit).

Für die Verwendung der Milch gibt es nun verschiedene Arten: nämlich und vor allem Selbstverbrauch für die Familienangehörigen, Selbstverbrauch für die Viehzucht; aber was soll mit dem geschehen, was dann noch übrig ist? Da gibt es den direkten Verkauf oder aber, in Baden fast allgemein, die Verarbeitung zu Butter. Sie wissen vielleicht aus den „Fliegenden Blättern“, aus dem Aufsatz der „Kleinen Grete“, daß die „Butter“ die Kuh zunächst in etwas unfertigem Zustand verläßt (Geiterkeit); die Milch muß also verarbeitet werden. Die Käsebereitung kommt auf dem Bauernhof für Verkaufszwecke fast gar nicht mehr in Betracht. Der direkte Milchverkauf ist, wenn man Bahnverbindung hat, der rentabelste Verkauf. Die Bereitung und der Verkauf von Butter geschieht am besten in Molkereien, und es hat mich sehr gewundert, daß sogar in diesem hohen Hause sich Herren gefunden haben, die Angriffe auf die Molkereien gemacht haben.

Es gibt eine Kuh im Jahresdurchschnitt etwa 7 Liter Milch pro Tag. Der Herr Kollege v. Menzingen hat das Erträgnis auf 10 Liter eingeschätzt. Das ist zu hoch gegriffen; ich bin mit 7 Liter zufrieden. Nun ist von dem Verband der badischen Molkereigenossenschaften festgestellt, daß im Durchschnitt von 10 Jahren abgeliefert worden sind 2,61 bis 3,14 Liter, das sind im zehnjährigen Jahresdurchschnitt 2,87 Liter Milch pro Tag und Kuh. Wenn man 7 Liter pro Tag der Berechnung zugrunde legt, so wird also nicht einmal die Hälfte aller Milch, die von den Kühen geliefert wird, in die Molkerei gebracht. Es

bleibt also gewiß noch recht viel zur Verwendung im Haushalt zurück.

Die Bewertung in der Molkerei ist natürlich viel rentabler, wie zu Hause. Ich berechne sie nach meinen persönlichen Erfahrungen auf wenigstens 25 Prozent. Dann sind auch die Räumlichkeiten und Einrichtungen in den Molkereien ganz andere, und die dort hergestellte Butter wird entsprechend ihrem Mehrwert höher bezahlt. Sie wissen, daß derjenige, der einmal an den Genuß von Zentrifugentafelbutter gewöhnt ist, nie mehr die gewöhnliche, sog. Bauernbutter, oder saure Butter kaufen und essen wird. In den Molkereien muß die größte Reinlichkeit herrschen, denn der *Bacillus acidus lacticus*, der Milchsäurepilz, ist der gefährlichste Pilz, der reinste Giftmischer, ein General-Kinder- und Viehmörder; wenn dort nicht die peinlichste Reinlichkeit herrschen würde, so würde man nicht diese Primabutter herstellen können. Der Landwirt kann aber in diesem Fall viel mehr mit einem gewissen Verdienst rechnen; er füttert sein Vieh bei höheren Einnahmen viel besser, und bekommt dann wieder viel mehr Milch. Es läßt sich durchaus nicht sagen, daß die Molkereien der Viehzucht geschadet haben; ich möchte sogar behaupten, daß die Viehzucht dadurch noch gefördert wird. Dagegen wurde in der „Konstanzer Zeitung“ in der Nr. 77 vom 20. März unter der Ueberschrift: „Aus dem Zinggau“ ein Artikel veröffentlicht, der in alle badischen und schließlich auch in andere Zeitungen übergegangen ist, und folgendermaßen lautet: „Bei der diesjährigen Aushebung der Rekruten im Bezirk Ueberlingen mußte von der Kommission wiederholt die Vermunderung darüber ausgesprochen werden, daß infolge der mangelhaften körperlichen Ausbildung der Leute hier so wenig Taugliche zu finden seien. Während in den Bezirken Stockach und Weßkirch teilweise bis zu 50 Prozent Taugliche sich befanden, lieferte der Bezirk Ueberlingen kaum 20 Prozent. Nach dem Urteile der sachverständigen Aerzte rührt dieser Umstand zunächst von der mangelhaften Ernährung her. Seit vielen Jahren wird in vielen Ortschaften oft fast sämtliche Vollmilch an die Molkereien verkauft. Kinder und Erwachsene erhalten dafür abgerahmte, billige Milch. Aus besagtem Grunde ist im Haus denn auch nicht mehr die gute Butter, das gesunde Schmalz. Die Schweine, die die Vollmilch auch entbehren, werden des hohen Preises wegen verkauft.“

Daran sollen also die Molkereien schuld sein. Ich kann hier mitteilen, daß in Stockach und Weßkirch mehr Molkereien sind, als in Ueberlingen, und trotzdem haben wir dort 50 Prozent Rekruten zu verzeichnen, während in Ueberlingen nicht einmal 20 Prozent sind. Ich kann auch mit Stolz anführen, daß wir in Diersheim im verflossenen Jahre 100 Prozent taugliche Rekruten gehabt haben; das ist natürlich nur ein blinder Zufall, aber wenn wir hier den Zufall annehmen wollen, so dürfen wir wohl sagen, daß auch dort nur der Zufall gespielt hat. Es hat sich sogar das „Bayrische Vaterland“ in einem Artikel zu dem drastischen Vers verfliegen:

„Wer seine gute Milch verkauft  
Und mit den Kindern schlechte kauft;  
Wer Butterlieferante ist  
Und selber Margarine frißt;  
Wer schlechtes Auslandsfutter gibt  
Und hinterher zu Klagen liebt,  
Daß er verschleudern muß die Körner,  
Der ist ein Rindvieh ohne Hörner.“

(Getterkeit.) Dem stimme ich nun vollständig zu. Aber die Molkerei trägt die Schuld nicht. Wenn eine Frau eben ihrer Gewinnucht mehr fröhnen will, als sie darauf bedacht ist, ihren Familientisch gut auszustatten, so kann sie das mit oder auch ohne Molkerei; und wenn die

Tierärzte und andere Herren die Gründung von Molkereien zu hintertreiben suchen, so geht es damit ebenso, wie es schon in manchen Ortschaften gegangen ist: Die Bauern kaufen sich selbst Zentrifugen, es kommen 20, 30 oder sogar 40 Zentrifugen in das Dorf hinein und sehr viel Geld hinaus! Den Schaden aber haben die Leute trotzdem auf eine andere Art und Weise: denn wenn die Frau noch so gute Butter macht, wer wird sie ihr zu ebenso guten Preisen abkaufen, wenn sie an dem einen Tage 1 Pfund liefert, an einem anderen Tage 2 Pfund, und dann vielleicht sehr oft überhaupt keine, solange die Kühe in ihrem bekannten Eigensinn nicht das ganze Jahr Milch geben wollen? Es wird niemand mit ihr einen Abschluß machen können, denn die Käufer wollen immer ein bestimmtes Quantum zugesagt haben, und nur dann bezahlen sie auch gute Preise.

Andererseits geschieht es aber auch oft, daß ein großer Butterhändler selbst eine Molkerei gründet. Es ist kürzlich in der Nähe von Frankfurt passiert, daß ein großer Butterhändler eine Molkerei in das Dorf hineingelegt hat; er hat die Bauern zu einem schriftlichen Vertrag bewogen, wonach sie ihm ihre Milch, ich glaube es sind 2000 Liter täglich, abgeben müssen, und zwar lautet der Vertrag auf 10 Jahre. In letzter Zeit sind nun in der dortigen Gegend, wie auch anderwärts, die Milchpreise sehr in die Höhe gegangen, und diese Leute sind jetzt verpflichtet, für die Dauer von 10 Jahren ihre Milch um 2 oder 3 Pf. pro Liter billiger abzugeben, als die Tagespreise sind. In Norddeutschland ferner, auch in Mitteldeutschland, ist es oft passiert, daß ein Milchagitorator von Dorf zu Dorf zieht, und Molkereien gründet, aber keine Genossenschaftsmolkereien; wenn es ihm dann gelungen ist, die Leute zur Unterschrift zu bewegen, so verkauft er den sog. Milchkontrakt, und nimmt dann 15 000 M. Profit daran. Bei uns könnte auch daselbe passieren, und es ist deshalb besser, wenn wir an unseren Molkereigenossenschaften festhalten, von denen wir jetzt circa 100 in badischen Lande haben. Diese Genossenschaften haben sich organisiert und sich zu einem Verbandszusammenschluß; der Betrieb ist ordnungsmäßig, die Bücher werden regelmäßig revidiert.

Es finden jährlich in Baden vier Butterprämierungen statt, und es hat sich dabei gezeigt, daß die Qualitätsbutter dieser Molkereien die andere bei weitem übertrifft. Es haben zwar immer noch einige Landwirte gewagt, auch ihre Bauernbutter einzuschicken; sie ist aber schlecht sortiert worden, so daß sie einen Versuch nicht mehr wagten. Sie können eben gegen die in den Molkereien hergestellte Tafelbutter nicht aufkommen. Wir haben hier im Lande aber immer noch einen großen Mangel an Tafelbutter; denn durch die in Baden erzeugte Tafelbutter kann vielleicht etwa die Hälfte des gesamten Bedarfs im Großherzogtum gedeckt werden. Die andere Hälfte muß also aus den übrigen Bundesstaaten eingeführt werden. Es wird auch in dem benachbarten Straßburg, in Elsaß, wo in den letzten Jahren allerdings auch Gründungen von Molkereien stattgefunden haben, viel mehr württembergische Butter gegessen, als badische Tafelbutter.

Es hat sich über den Wert oder sogar die Berechtigung der Molkereigenossenschaften ein großer Streit in den letzten Jahren entsponnen und ich darf hier wohl auf die Ausführungen in dem Buch A. Hink's verweisen, die ich vollständig unterschreiben kann.

Hink drückt sich über das Verhältnis zwischen Molkereigenossenschaften und Viehzucht folgendermaßen aus: „Tatsächlich überschüssige Milch muß doch nutzbringend verarbeitet werden. Belehrung hat dafür zu sorgen, daß die „auri sacra fames“, die verfluchte Geldgier, nicht überhand nimmt.“

Das eine tun, und das andere nicht lassen! Es gibt in der Viehzucht noch schlimmere Mängel als die durch die Molkerei gezeitigten.

Der Hauptfeind der Zucht ist unstreitig der direkte Milchverkauf!

Gegen diesen letzteren wird aber lange nicht so gewettert, wie gerade gegen die Molkereien. Ich darf vielleicht da noch ein Beispiel anführen. In Bichlingen bei Meßkirch ist die allererste Molkerei-Gründung vor etwa 15 bis 16 Jahren vorgenommen worden und vor 2 Jahren, im Jahre 1904, war dieser Ort in der Lage, zum Frühjahrsmarktviehmarkt in Meßkirch am allermeisten Vieh zu bringen; er marschierte mit 66 Stück Vieh an der Spitze. Der Ort Moos bei Bühl steht nach der Ansicht des jetzigen Zuchtspektors in dieser Beziehung weitaus an erster Stelle, und Moos hat seit etwa zehn Jahren eine recht große Molkerei. Ich darf hier vielleicht auch von Diersheim sagen, daß dort die Viehzucht durch die Gründung der Molkerei durchaus keinen Schaden gelitten hat, sie ist vielmehr dadurch erst aufgewachsen. Auch bei den diesjährigen staatlichen Rindviehprämierungen steht die Gemeinde Wasser-Bichlingen mit 21 prämierten Tieren an der Spitze aller Orte des Bezirks Meßkirch. Einer Anregung des Professor Kamp in Bonn ist es zu danken, daß an 20 verschiedenen Orten Rheinland-Westfalens Milchhäuschen errichtet wurden und ich möchte wünschen, daß, wenn in Baden derartige Bestrebungen sich zeigen, man ihnen entgegenkommt.

Es ist vielleicht nicht unbillig, wenn wir den Wunsch aussprechen, daß als Zuchtspektoren, ähnlich wie in anderen Bundesstaaten auch in Baden für die Zukunft vielleicht nicht nur Tierärzte, sondern auch Landwirte zur Anstellung gelangen. Ich darf vielleicht sagen, daß ein Herr Zollhofer, früher Landwirtschaftslehrer in Eppingen, jetzt in Hannover als Zuchtspektor angestellt ist. Ich darf daran erinnern, daß der württembergische Landes-Zuchtspektor Oekonomierat Fecht nicht Tierarzt, sondern Landwirt ist. Ich möchte zum Schluß meine Gedanken mit einer Resolution in Einklang bringen, die auf dem deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstage im August des verfloßenen Jahres in Straßburg gefaßt wurde. Es hat sich dort auch über diesen Punkt eine große Debatte entsponnen: die Molkereien, die Viehzucht, und zum Schluß ist von der ganzen großen Versammlung von Landwirten und Genossenschaften aus ganz Deutschland folgender Antrag angenommen worden:

Die angenommene Resolution lautet: „Die Molkereigenossenschaften üben einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Rindviehzucht aus. Die Molkereigenossenschaften können aber auch, wenn ihren Mitgliedern das richtige züchterische und wirtschaftliche Verständnis fehlt, von nachteiligem Einfluß auf die Viehzucht werden. Es ist daher bei der Gründung von Molkereigenossenschaften besonders in Viehzucht treibenden Bezirken auf eine entsprechende Aufklärung der Beteiligten hinzuwirken. Gut geleitete Molkereien, besonders solche mit beschränktem Betriebe, werden kein Hindernis, sondern ein Förderungsmittel der Rindviehzucht sein!“

Als Hanauer Landwirt werden Sie es mir nicht verübeln, wenn ich jetzt mit einigen Worten auf den Tabakbau zu sprechen komme. Der Tabakbau hat ja für uns in Baden eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Sie wissen, daß wir in Baden etwa 43 Proz. aller deutschen Tabake bauen, und es ist schon oft gesagt worden: Deutscher Tabak ist direkt badischer Tabak. Der Tabakbau im großen und ganzen geht leider auch in Baden zurück. Es wurden im Jahre 1904 noch angebaut 633 785 Ar und im Jahre 1905 606 093 Ar. Die Ausfuhr ist ganz gering. Früher ging meines Wissens viel Tabak nach England; das hat jetzt beinahe oder vielleicht ganz aufgehört. Die Einfuhr dagegen ist

immer bedeutend gestiegen, auf ca. 1 200 000 Ztr. für 100—120 Millionen Mark ohne Zoll jährlich, und sie wird wohl auch fernerhin steigen, wenn es den badischen Tabakbauern nicht gelingt, die Qualität ihrer Tabake zu heben. Es wird feinere Qualität verlangt. Die Wachstumsbedingungen, wie sie die tropischen Gegenden haben, haben wir hier in Baden allerdings nicht. Es ist uns aber ein Fingerzeig gegeben, wo wir einzusetzen haben. Es hat an solchen Bestrebungen durchaus nicht gefehlt. Herr Kollege v. Mengingen hat kürzlich davon gesprochen, es sollten auch bei uns Versuche mit Martellin angestellt werden. Er ist da vielleicht nicht genügend unterrichtet: Diese Versuche werden schon seit Jahren im ausgedehnten Maße im Großherzogtum angestellt. Es war die Firma Landfried in Mannheim, die sich in dankenswerter Weise auf diesem Gebiete große Verdienste erworben hat. Ich habe Veranlassung genommen, mit Herrn Kommerzienrat Landfried auf seine freundliche Einlabung hin verschiedene Orte zu besuchen, an denen solche Versuche angestellt worden sind. Auch in den letzten Jahren sind wieder in verschiedenen Gemeinden Versuche gemacht worden, die wieder von recht großem Erfolg begleitet waren. Herr Landfried hat es dort so weit gebracht, daß von einem badischen Morgen 770,40 Mark an Tabak erlöst wurden, gewiß eine recht große Einnahme. Auch der Verband der badischen landwirtschaftlichen Konsumvereine hat es sich schon seit Jahren angelegen sein lassen, auf diesem Gebiete vorzugehen. Er hat zu diesem Zwecke auch 500 Mark Staatsunterstützung erhalten. Er hat aber, was ich auch nicht verhehlen will, etwa 2500 bis 3000 Mark für diese Zwecke ausgegeben. Er hat also eine recht hübsche Summe zur Hebung des Tabakbaues zugelegt. Wir sind davon ausgegangen, daß Tabakverkaufsgenossenschaften, wie sie da und dort schon gebildet wurden, auch bei uns in Baden, wenn sie nur zum Verkauf gegründet wurden, nichts taugen. Diese Genossenschaften wurden gewöhnlich erst gegründet, wenn der Tabak verkauft werden sollte, wenn er schon gebündelt war. Die Landwirte sind zusammengestanden und haben erklärt: wir verkaufen unsern Tabak nicht unter einem bestimmten Preise. Sie sind dann gewöhnlich boykottiert worden. Das ist mir auch schon passiert, als ich mir erlaubte, mich vor etwa zehn Jahren an die Spitze einer solchen Bewegung zu stellen. Wir beim Verband sind davon ausgegangen, daß wir uns nicht Tabakverkaufsgenossenschaften, sondern Tabakbauvereine nennen und darnach handeln müssen. Wir haben Versuche mit Martellin gemacht, sind aber zu keinen ganz befriedigenden Ergebnissen gekommen. Ich glaube, daß der so früh verstorbene Direktor Hammerschlag in Straßburg die großen Erfolge nicht gehabt hätte, wenn er nur Martellin bei seinen Qualitätsverbesserungen des Tabaks angewendet hätte; er hat aber auch noch mit anderen Mitteln gearbeitet: frühe Düngung, enges Sehen, hohes Köpfen. Daß das alles notwendig ist, haben auch wir bei allen unseren Tabakbauvereinen verfolgt, die solche Qualitätsverbesserungen durchgeführt haben. Es haben sich dann Abnehmer gefunden, die vertragsmäßig zu recht guten, zu höheren Preisen, als sie sonst bezahlt wurden, den Tabak abnahmen und es haben sich für das laufende Jahr wieder eine recht schöne Anzahl Mitglieder in 23 Vereinen gemeldet.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, daß vielleicht bei der großen Bedeutung des Tabakbaues für Baden die Großh. Regierung fernerhin etwas mehr als 500 Mark zur Verfügung stellen möge. Wenn sie für Förderung der Viehzucht 100 000 Mark übrig hat, wäre es vielleicht ein billiges Verlangen, daß sie zur Hebung des Tabakbaues 5 oder 10 000 M.

einstellen würde. Man könnte diese Summe zu Prämierungen, ähnlich wie bei der Viehzucht verwenden und so den Qualitätsbau fördern. Er wäre das von großem Wert für den badischen Tabakbau und die ganze Landwirtschaft.

Ich möchte mit einigen Worten auf die Gewichtseinschätzung der Tabakfelder zu sprechen kommen. Das jetzige Verfahren wird noch immer überall als ein lästiges und unnützes empfunden; in Norddeutschland, in der Mark Brandenburg, wo auch viel Tabak gebaut wird, ist eine große Bewegung im Gange, um diese Schätzung aus der Welt zu schaffen. Ich glaube, die Badener sollten sich dem anschließen. Eine Kommission geht jetzt von Acker zu Acker und schätzt den grünen Tabak ein. Es ist das eine recht schwere Aufgabe. Oft ist es vorgekommen, daß zwischen dem Quantum, welches die Einschätzung ergab, und dem abgelieferten Tabak ein recht großer Unterschied war. In Ruffheim z. B. ist es vor 2 Jahren passiert, daß auf dem von unserm Verbande dort angelegten Versuchsfelde, das auch nach der Hammerschlagschen Methode gedüngt und bearbeitet wurde,  $4\frac{3}{4}$  Ztr. von der Kommission geschätzt wurden. Die Ernte betrug aber 11,46 Ztr.! Wenn dieser Mann hätte defraudieren wollen, es wäre ihm Gelegenheit dazu geboten gewesen. Und so geht es in ähnlichen Fällen wohl in anderen Orten auch. Es kommen auch einmal trockene Jahrgänge. Ich glaube, daß vor einigen Jahren 50 bis 60 Proz. aller Tabakspflanzer nicht in der Lage waren, das Quantum zu liefern, das in grünem Zustande auf dem Felde geschätzt worden ist. Um nicht gestraft zu werden, müssen dann Eingaben an die nächste Obereinnahme gemacht werden, die allerdings immer alle Berücksichtigung finden. Aber all dieser Kram und Bureaumatrismus wäre nicht nötig. Man könnte an einigen wenigen Feldern in jedem Dorfe feststellen, wieviel das Erträgnis vom Morgen sein muß. Man könnte jeden Tabakbauern, meinetwegen handgelübblich, verpflichten, er müsse allen seinen Tabak abliefern. Er tut es gern; er würde gern mehr abliefern, wenn er ihn nur hätte. Die, welche bei der Defraudation erwischt würden, könnte man tüchtig strafen. Die mit der Schätzung beauftragten Kommissionsmitglieder, die in der Hauptsache Steueraufseher und Akzisen sind, wären recht froh, wenn sie der Arbeit enthoben wären. Sie nehmen nicht gern diese Abschätzung vor, insbesondere, da sie nicht überreichlich dafür bezahlt werden.

Ich möchte noch in einer Beziehung meinen Dank aussprechen. Leider kann ich mich aber nicht an die Adresse der Großh. Regierung wenden. Voriges Jahr hat in München die Wander-Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft stattgefunden, und es wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen, es möge auch badischer Tabak hingeschickt werden. Die badischen Tabakbauern sind in jeder Beziehung aber etwas verwöhnt. Sie wurden früher immer sehr liebenswürdig behandelt: Es wurde ihnen sogar noch der Tabak bezahlt, den sie auf Ausstellungen gaben; ebenso wurde ihnen auch die Steuer vergütet. Nun wollte sich Niemand finden, der die Kosten übernahm. Die Regierung hat keine Gelder bewilligt. Zum Schluß waren es Leute aus dem Handel und der Industrie, die die nötigen Gelder stifteten. Auch die in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Bezirksvereine brachten einige Hundert Mark auf, und es war dann schließlich doch möglich, den badischen Tabak in München entsprechend vertreten zu sehen. Ich möchte also dem Handel und der Industrie sowie den landw. Bezirksvereinen, die in Betracht kommen, bei der Gelegenheit den Dank aussprechen, daß sie diese Ausstellung in München ermöglicht haben.

Als Hanauer muß ich auch auf den Hanfbau mit einigen Worten zu sprechen kommen. Der Hanfbau, der

im Anfang der 70er Jahre in Baden in viel größerem Maßstab betrieben wurde — es wurden damals 9 bis 10000 ha damit bepflanzt — hatte im Jahr 1890 nur noch 1000 ha und ist bald vollständig eingeschlafen. Die Regierung hat sich in den letzten Jahren um die Hebung des Hanfbaues und des Hanfabzuges sehr bemüht und ich möchte im Namen der Hanauer Hanfpflanzer meinen Dank dafür aussprechen und wenn die Sache wieder etwas wird, dann werden u. a. auch die Gemeinden Legelshurst (?) und Sand recht froh sein.

Die Hagelversicherung und andere Sachen will ich übergehen, es würde sonst zu lange dauern. Etwas aber, was noch mit dem Bauernvolk zusammenhängt, muß ich doch zur Sprache bringen, das sind die Volkstrachten. Ich bin ein großer Freund der Trachten und bedauere sehr, daß ich als Hanauer unsere schöne Tracht nicht tragen kann. Ich kann ihnen aber sagen, daß ich etwa 12 Kollegen unter den Bürgermeistern habe, die nie etwas anderes tragen als ihre Tracht. Ihre Väter sind in der Tracht gegangen, der meineige nicht, wohl aber trägt meine Frau, wie alle Hanauer Bauersfrauen, die Tracht; sie war erst vor einigen Tagen in der Hanauer Tracht mit mir hier in der Residenz. Ich sehe es sehr gern, wenn die Tracht getragen wird, denn dem Träger der Tracht giebt sie ein gewisses Persönlichkeitsbewußtsein! Ich bin aber ein Gegner der künstlichen Züchtung der Trachten; das ist nicht nötig. Wenn dann erst ein sogenanntes Volkstrachtenfest veranstaltet wird auf die Art und Weise, wie das im verflossenen Jahre in Oberprechtal geschah, so ist das nach meiner Ansicht vollständig verkehrt, es ist auch von vielen Volkstrachtenfreunden zugegeben worden, daß das Volkstrachtenfest in Oberprechtal vollständig verunglückt ist. Es ist aber auch kein Wunder, wenn man sich die Sache näher ansieht. Es ist da ein „Komitee“ gewesen, es wurden „Marschall-Niel-Rosen“ überreicht, der Kriegerverein bildete „Spalier“, das „Komitee“ empfing alle die Leute, die „Damen“ vom Frauenverein Oberprechtal machten die „Reverenzen“, die „Regimentskapelle“ von Offenburg spielte muntere Weisen. Um 6 Uhr abends sollten endlich auf dem Festplatz die Volksbelustigungen beginnen, unter den Klängen der „Regimentskapelle“ sollten die, die Volkstracht tragenden Leute tanzen. Am andern Morgen war dann unter der Leitung des „Komitees“ ein „Frühshoppenkonzert“ — auch sehr läudlich! — usw. usw. Auf diese Weise kann man die Volkstrachten nicht heben und ich halte es für kein Wunder, wenn sie immer mehr zurückgehen. Wenn nun solche Bauern in Tracht in die Stadt kommen, dann werden sie angeschaut wie Südbsee-Infulaner, ja sie werden gar verspottet und wenn sie sehen, daß die Städter die Trachten nur noch verwenden zu Maskeraden und Fastnachtsaufführungen, so verlieren sie vollends die Freude daran.

Ich möchte zusammenfassend nochmals sagen: durch Verbesserung der technischen und der Schulbildung, Verbesserung der Düngewirtschaft, besonders durch Benützung von Kunstdünger, durch Zuführung von möglichst wohlfeilem Kredit, noch höherer Entwicklung des Genossenschaftswesens, muß die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft gehoben werden!

Ich wäre fertig, wenn nicht die Angriffe erfolgt wären; auf diese muß ich noch zurückkommen, so leid es mir tut. Es scheint mir, daß man von allen Seiten auf das Genossenschaftswesen und auf den Konsumverband insbesondere in der neuesten Zeit nicht mehr gut zu sprechen ist. Ich finde auch in dem Bericht des Herrn Kollegen Schüler einiges, was mir nicht besonders gefällt. Es heißt da z. B.: „Eine weitere staatliche Förderung wurde den Genossenschaften dadurch zuteil, daß seitens der Eisenbahnverwaltung das Gelände für die

Lagerhäuser, soweit es im einzelnen Falle tunlich war, unentgeltlich bereit gestellt wurde.“ Das ist aber nichts so außerordentliches. Das wird meines Wissens jeder großen Fabrik, jedem industriellen Unternehmen auch gewährt, warum denn nicht der Landwirtschaft? Es heißt dann ferner: „Auch die Benützung der Kehler Hafenanlage wurde dem Genossenschaftsverband „zugestanden“. Wer sich eine Fahrkarte zweiter Klasse von Karlsruhe nach Freiburg und zurück kauft, dem wird vom Eisenbahnfiskus, falls Platz ist, selbstverständlich ein Platz in einem Wagen zweiter Klasse „zugestanden“. Das ist doch nichts verwunderliches und so war es auch mit der Benützung der Kehler Hafenanlagen. Der Genossenschaftsverband hat die ordentlichen Gebühren bezahlt. Also von einem „Zugeständnis“ kann da meines Erachtens durchaus keine Rede sein.

Der Herr Kollege Morgenthaler hat die Tätigkeit der Genossenschaften mit sehr anerkennenden Worten besprochen, der Herr Kollege Schüler früher auch immer. Ich erkenne das dankbar an. Dem Herrn Kollegen von Menzingen blieb es aber vorbehalten, auf die Genossenschaften und den Konsumvereinsverband loszugehen. Er ist da über manches nicht genügend unterrichtet. Ich will ihm gerne hier mildernde Umstände zubilligen, denn wer so tiefgründige Studien über das Zigeunerwesen macht, „daß ihm das fast das Herz abbrückt“, der kann sich natürlich nicht auch noch so eingehend mit dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen befassen (Weiterkeit!). Er hat unter anderem gesagt: „Ob in unserem Lande die Getreideabzuggenossenschaften in Verbindung mit den Konsumvereinen eine Zukunft haben, will ich dahingestellt sein lassen. Mir scheint es immerhin zweifelhaft nach der Art und Weise, wie die Führung dieser Dinge bei uns gemacht wird. Ich habe die Aufgabe, lebhaft Klagen hier vorzutragen, daß gerade die Selber, welche der Landtag und die Regierung zur Verfügung stellen für das genossenschaftl. Wesen und auch für diese Abzuggenossenschaften in Getreide, in durchaus einseitiger und nicht zu rechtfertigender Weise in Anwendung gebracht werden.“

Es werden nun zu diesem Zweck 6000 Mark jährlich für das Getreidebureau in Mannheim gegeben. Der Konsumvereinsband muß dazu noch 7 bis 8000 Mark zuschießen, weil das Getreidebureau ungefähr so viel kostet. Wir nehmen da kein Geschenk für uns entgegen, die 6000 Mark werden nicht der schönen Augen des Konsumverbandes wegen gegeben, sondern im Interesse des Getreidebaues, für den der Herr von Menzingen doch so sehr schwärmt. Nach seiner Ansicht müßte ja noch viel mehr Getreide gebaut werden. Um der Getreidebauern wegen werden also diese Gelder gegeben, und wir schießen noch viel zu. Wir, der Verband, machen also ein schlechtes Geschäft dabei. Das Getreidebureau wird von tüchtigen, erfahrenen Persönlichkeiten geleitet. Wir haben sehr große Betriebsmittel nötig.

Er hat sich dann beklagt, daß ein Bauernvereinsvorstand Kleefamen an das Getreidebureau in Mannheim hat verkaufen wollen, der Bauernvereinsvorstand sei aber dort nicht angekommen, wohl aber sei ein Vorstand eines landwirtschaftlichen Konsumvereins in der Lage gewesen, seinen Kleefamen an das Getreidebureau in Mannheim abzuführen. Das ist doch selbstverständlich! Das Getreidebureau in Mannheim ist ein Unternehmen, das durch den Konsumvereinsverband mit Unterstützung der Regierung ins Leben gerufen worden ist. Das Getreidebureau hat doch nur die Pflicht, die Waren abzunehmen von den uns angehörenden Vereinen. Ich darf vielleicht mitteilen, daß an diesem Kleefamen Geld verloren gegangen ist, einige Tausend Mark. Der Schaden ist aber nicht so groß für das Budget der Landwirtschaft, weil wir nur bei unseren Mitgliedern

eingekauft haben. Wir haben etwas zu hohe Preise bezahlt und das Geld ist dort bei unseren Mitgliedern geblieben. Daß wir aber diese Liebenswürdigkeit auch noch auf den Bauernverein ausdehnen sollen, das wird der Herr von Menzingen doch von uns gar nicht wünschen.

Herr von Menzingen fährt dann fort: „Ich beschuldige nicht die Regierung, durchaus nicht, sondern ich beschuldige die Leitung der Konsumvereine die uns in illoyaler Weise Konkurrenz macht. Ich möchte wissen, wer die Fahrten alle bezahlt, die die Landwirtschaftslehrer und die Agitatoren der Konsumvereine usw. machen, um Propaganda zu machen für ihre Konsumvereine.“

Alle diese Tätigkeit wird aber von uns bezahlt. Wenn der Landwirtschaftslehrer aufs Land geht, um belehrende Vorträge zu halten, oder eine Genossenschaft zu gründen usw., dann wird er selbstverständlich vonseiten der Regierung bezahlt und das von Rechtswegen!

Dann sagt er weiter: „Man sucht der etwas mangelhaften und wenig gewinnbringenden Geschäftsführung der Konsumvereine aufzuhelfen dadurch, daß man die Leute zwingt, ihre Waren dorthin zu beziehen.“

Das ist nun eine Beurteilung der Tätigkeit der Konsumvereine, die dem Herrn Abg. v. Menzingen am allerwenigsten zuzumutet. Die Geschäftsführung der Konsumvereine, er meint wohl die Tätigkeit des Verbandes, ist eine so geordnete und überall als gut anerkannte, durch monatliche Revisionen kontrollierte — wir haben ja die Revisionen nicht nur im Verbands, sondern bei jedem einzelnen Ortsverein streng durchgeführt, was man von den Bauernvereinen nicht behaupten kann —, daß man sie nicht so wegwerfend kritisieren darf. Dem Herrn Kollegen v. Menzingen insbesondere muß ich jede Berechtigung absprechen. Daß wir von unseren Mitgliedern verlangen, daß sie ihre Waren von uns beziehen, von der Zentrale, das ist selbstverständlich und in der Ordnung.

Herr v. Menzingen führt dann an, daß man „in Bühl bei Waldshut bezw. Getreidelagerhaus Grießen den Bezirksvorstand Kaiser ohne weiteres hinausgeworfen habe, ohne daß das Geringste passiert wäre, nur weil es dem Konsumverein so paßte“.

Ich habe mich inzwischen erkundigt: so war die Sache durchaus nicht. Kaiser hat dem Statut zuwider gehandelt und ist deshalb ausgeschlossen worden. Er hat sogar geklagt und ist durch das Gericht entschieden worden, wenn ich mich recht erinnere durch das Amtsgericht und Landgericht, daß er von Gottes- und Rechtswegen mit Recht ausgeschlossen wurde.

Es hat mich sehr gefreut, daß dann der Herr Kollege Schüler die Mitteilung machte, daß er von unserem früheren Präsidenten, dem leider verstorbenen Herrn Geheimen Kommerzienrat Reiß, manche Mitteilungen bekommen habe; die Bauernvereine hätten damals auch angefangen, die Warenbezüge zu veranstalten. Er war also, nach seinen eigenen Aussagen, damals im wahrsten Sinne des Wortes der „Schüler“ unseres Präsidenten, und wenn das jetzt der Dank dafür sein soll, daß jetzt dem Konsumverein eine Heze und Derartiges vorgeworfen wird, so ist mir das unverständlich (Zuruf des Abg. Schüler: Daran bin ich jedenfalls unschuldig). Es sei absolut unnötig, sagte Herr Kollege Schüler, daß man sich an den Kraken geht. Ja, wer geht denn an den Kraken? Ich möchte noch einmal feststellen, daß von uns aus, weder von unseren Mitgliedern der Konsumvereine, noch vom Verband, ein Wort des Streites hier in das Haus getragen wurde; die Herren Abgg. von Menzingen und Schüler haben den Streit hereingebracht.

\*

Der Herr Abg. Schüler hat gesagt, es seien viele Bauernvereins-Mitglieder zugleich Mitglieder des Konsumvereins-Verbandes. Gewiß, das beruht auf Gegenseitigkeit: auch viele Mitglieder unseres Verbandes sind Mitglieder eines Bauernvereins. Dagegen haben wir nichts, aber wir verlangen von unseren Mitgliedern laut Statuten — es steht das sogar im Genossenschaftsgesetz angedeutet —, daß sie alle Waren auch von den Ortsvereinen und dem Verbandsverband beziehen; wer gegen das Statut handelt, muß ausgeschlossen werden, und so ähnlich wird es wohl auch dem Herrn Kaiser in Bähl bei Balbschut passiert sein.

Der Herr Abg. Schüler hat sich sodann beklagt darüber, daß verschiedenemale Kunstdünger, der von Bauernvereinen bezogen wurde, von anderen nicht den Bauernvereinen angehörenden Landwirten zur Untersuchung eingesandt wurde. Darum sich der Herr Kollege Schüler darüber aufregt, weiß ich nicht. Wenn die Ware in Ordnung ist, dann ist es ja nicht gefährlich. Wenn bei unseren Konsumvereinen ein anderer Landwirt sich dafür interessiert, unsere Ware untersuchen zu lassen — auf seine Kosten natürlich, nicht auf unsere, dafür würden wir uns bedanken — so habe ich für meine Person durchaus nichts dagegen einzuwenden! (Sehr richtig!)

Der Herr Abg. Schüler hat dann von der Bezugsvereinigung der Landwirte gesprochen und hat gesagt, es werden alle Waren von allen Verbänden gemeinschaftlich bezogen. Ganz gewiß, und alle diese Verbände müssen in unserem deutschen Vaterlande dieselben Preise bezahlen. Bei uns ist das streng durchgeführt und es passiert nur in Ausnahmefällen, daß ein Verein von wo andersher Thomasmehl oder Kunstdünger bezieht, als von der Zentrale. Bei dem Bauernverein war das früher wenigstens nicht der Fall, ich könnte viele Fälle anführen bis in die letzten Jahre hinein, wo es jedem einzelnen Ortsvorstand überlassen blieb, die Waren zu beziehen, woher es ihm beliebte.

Was nun das Rekontre in Riedöschingen betrifft, so ist die Sache etwas anders. Dort besteht seit 3 oder 4 Jahren eine Eierabgabegenossenschaft, die an unseren Verband angeschlossen ist. Durch irgend welche Verhältnisse haben sich einzelne Mitglieder des Bauernvereins veranlaßt, eine Bauernvereins-Eierabgabegenossenschaft ins Leben zu rufen. Sie haben sich bei uns erkundigt, woher man das Versandmaterial, besonders die Schachteln, beziehen könne. Unsere Mitglieder, hatten keine Veranlassung, ihren zukünftigen Konkurrenten ihre billigen Bezugsquellen zu verraten. Der neugegründete Konkurrenzverein hat sich dann an die Fabrik in Augsburg gewandt. Niemand kann sich auf unserem Verbandsbureau daran erinnern, daß wir ein Abkommen mit dieser Fabrik getroffen hätten, sie dürfe nur für uns Schachteln liefern. Wenn aber die Fabrik trotzdem auf die Geschäftsverbindung mit uns so viel Wert legte und es ablehnte, mit dem Bauernverein in Geschäftsverbindung zu treten, so kann ich darauf nur stolz sein. Der Herr Abg. von Menzingen hat gesagt, er möchte eine derartige illoyale Konkurrenz dem Urteil des hohen Hauses überlassen. Ich möchte, nachdem ich die Tatsachen hier richtig gestellt habe, wie der Bauernverein dieser schon bestehenden Genossenschaft in den Rücken gefallen ist, dasselbe tun (Sehr gut! bei den Nationalliberalen).

Der Herr Abg. Duffner hat dann gestern auch davon gesprochen, die Konsumvereine sollten nicht mit allem handeln. Ich weiß nicht, was er darunter verstanden hat. Soweit er vielleicht Kolonialwaren, Kaffee, Zucker usw. verstanden hat, so bin ich auch dagegen, wenn sie das in größeren Orten tun, wo man diese Sachen vielleicht ebenso billig in den Geschäften kaufen kann. Wenn sich

aber in so abgelegenen Orten, wie z. B. Ibach oder Bernau, die drei oder vier Stunden nach dem nächsten Kaufhaus haben, die Landwirte zusammentun und alles mögliche, was sie brauchen, gemeinschaftlich beziehen, so ist das nach meiner Ansicht nichts verwerfliches. Auf unserer Zentrale herrscht nach wie vor die Ansicht, daß nur landwirtschaftliche Bedarfsartikel gemeinschaftlich bezogen werden sollen.

Wenn nun ferner gesagt wurde, wir, die Leitung der Konsumvereine, sähen uns veranlaßt, an Orten, wo schon Bauernvereine existieren, auch unsere Genossenschaften zu gründen, so beruht auch das, wenn es vorkommen sollte, durchaus auf Gegenseitigkeit. Gerade aus der letzten Zeit kann ich mitteilen, daß der Bezirksobmann Stalter in Rappenaun an vielen Orten der Gegend, wo kein Bedürfnis vorlag, Bauernvereine gegründet hat, an Orten, wo schon längst uns angeschlossene Genossenschaften existierten.

Dann wurde behauptet, der Bauernverein habe bis jetzt auf jeden Staatsbeitrag verzichtet, und werde es auch fernerhin tun. Das ist durchaus nicht der Fall: Ich erinnere daran, daß beim Bezug von Maschinen und Geräten auch der Bauernverein in reichlicher Weise die Unterstützung der Großh. Gerätekommission in Anspruch nimmt; er erhält ebenso Unterstützungen wie der Konsumvereinsverband (Abg. v. Menzingen: die paar Wagen wird er doch noch nehmen dürfen!). Na also, da haben wir es, ich habe ja durchaus nichts dagegen.

Es hat mich dann sehr gefreut, daß der Herr Kollege Dr. Schofer in bezug auf die Getreide-Absatz-Genossenschaften anderen Anschauungen huldigt, wie der Herr von Menzingen. Er hat nämlich das Entstehen des Lagerhauses in Tauberbischofsheim freudig begrüßt. Er verspricht sich also jedenfalls viel mehr von einem derartigen Getreidelagerhaus und gemeinschaftlichem Getreideverkauf als sein politischer Freund von Menzingen. Wenn er aber davon gesprochen hat, daß der Amtsvorstand dort etwas zurückhaltend war, so freut mich das recht sehr; und wenn er geglaubt hat, es sei diese Zurückhaltung auf den Einfluß des Herrn Ministers zurückzuführen, so freut mich das noch viel mehr. Denn auch bei unserem Verband befehligen wir uns in den letzten Jahren immer einer recht großen Zurückhaltung, da wir wissen, daß uns diese Getreidelagerhäuser durchaus keinen gewinnbringenden Zuwachs bringen können. Auch der Herr Minister und der dortige Herr Amtsvorstand werden das gewußt und sich vielleicht deshalb veranlaßt gesehen haben, von vornherein ganz genau zu prüfen, ob wirklich ein Bedürfnis vorliegt.

Damit möchte ich nun meine Ausführungen schließen. Ich darf vielleicht kurz noch einmal sagen, daß von uns — vom Konsumvereinsverband — der Streit nicht vom Jaun gebrochen worden ist. Wir haben den Wunsch, auch fernerhin in Frieden und Eintracht miteinander zu leben; nur dann kann das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen gefördert werden. Aber ich muß doch auch erinnern an das Sprichwort: „Es kann der Frömmste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Und diesmal war der Bauernverein und insbesondere der Herr Kollege von Menzingen nicht der Frömmste! (Heiterkeit, Sehr gut! Bravo!)

Abg. Armbruster (Zentr.): Anknüpfend an die vom Herrn Vorredner gemachten, den Trachtenverein betreffenden Ausführungen kann ich nur sagen, daß ich ein großer Freund der Trachten bin, weil dieselben den klimatischen und örtlichen Verhältnissen der Trachtenträger angepaßt und geeignet sind, auch die heimischen Sitten und Gebräuche zum Teil damit festzuhalten.

Allein die Zeit und ihre Verhältnisse lassen sich nicht zurückschrauben. Für schau stellende Vorführung von Trachten kann ich mich auch nicht sehr erwärmen, zumal dann, wenn die Leitung solcher Schau stellungen nicht die richtige ist. — Suchen wir also die noch bestehenden Trachten zu erhalten.

In der dreitägigen Landwirtschaftsdebatte sind alle Einrichtungen und Objekte des landwirtschaftlichen Betriebs nach den verschiedensten Richtungen hin unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der Gegenden des Landes behandelt, auch die hiernach sich geltend machenden Wünsche vorgetragen und allseitig und gründlich erörtert worden. Einen wesentlichen Anteil daran hat die ausgezeichnete Berichterstattung und die objektiven, von jeder Uebertreibung freien Ausführungen unseres Kollegen Schiller. Wenn auch über die zweckmäßige Behandlung und Lösung der agrarischen Fragen die Ansichten manchmal noch auseinandergehen und Meinungsverschiedenheiten bestehen, welche bedingt sind durch den zwischen den einzelnen Erwerbsgruppen sich geltend machenden Gegensatz der Interessen, so sind doch diese Verschiedenheiten nicht tiefgehend, so daß man im Lande draußen den Eindruck und die Ueberzeugung gewinnen dürfte, Volksvertreter und Regierung sind bestrebt, für den großen und wichtigen Berufsstand nach Kräften alles zu tun. So ist denn auch kein Budgetposten beantragt. Man kann der Groß. Regierung, insbesondere dem Herrn Minister nur danken für die Sachlichkeit und Wärme, mit der er für die ländlichen Interessen eintritt, für das Mitgefühl, welches er bekundet hat hinsichtlich der großen Kalamität der Rebbau treibende Bevölkerung, zu der auch ein Teil meiner Wähler zählt: Wir wollen hoffen, daß es seinen Bemühungen gelingen möge, die so wichtige Weinfrage gründlich zu lösen.

Manche die Landwirtschaft betreffenden Anschauungen divergieren je nach dem Standpunkt der Beurteilung des Städters bzw. des Landbewohners.

Seit Albrecht Thaer zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die Landwirtschaftslehre zu einer eigenen Wissenschaft erhoben hat in dem Buch: „Grundsätze der rationellen Landwirtschaft“ und seitdem der Begründer der Agrilkultur - Chemie Justus von Liebig die Auffassung vertreten hat, Landwirtschaftslehre sei nur angewandte Naturwissenschaft, seit dieser Zeit ist die Landwirtschaft vielfach von ganz anderen Strömungen beherrscht worden, und zwar nicht immer von gesunden.

Dank der Einsicht der Regierungen und des gesunden Sinns der Volksvertretungen ist die Landwirtschaft nach der derzeitigen Lage in eine günstigere Strömung eingelaufen und die Krisis, wenn auch nicht überwunden, so doch der Heilung entgegengehend. Zur Rettifizierung der vom Abgeordneten Kolb vorgetragenen, mehrfach zurückgewiesenen, Beurteilung der Landwirtschaft möchte ich, denselben erinnernd, hinweisen auf eine Darlegung des Finanzministers Herrn Buchenberger in seinem Buch „Grundzüge der deutschen Agrarpolitik“, wo er ausführt:

„In viel höherem Maße als andere gewerbliche Unternehmungen ist der landwirtschaftliche Betrieb schädigenden Einflüssen der äußeren Natur und in deren Gefolge einer starken Belastung des Ausgabekontos mit Unfallverlusten ausgesetzt. Dies hängt teils damit zusammen, daß der Produktionsprozeß in der Landwirtschaft zu einem überwiegenden Teil außerhalb geschlossener Räume sich abspielt und deshalb schützende Vorkehrungen gegen solche Einflüsse, wie im Handwerk, der Großindustrie oder dem Handelsgewerbe nicht getroffen werden können, teils damit, daß die landwirtschaftliche Produktionstätigkeit die Erzeugung von Lebewesen (Pflanzen und Tieren)

zum Gegenstand hat, welche während der ganzen Dauer ihrer Entwicklungszeit bis zum endlichen Uebergang in den Verfall unausgesetzt, wie jeder lebende Organismus, von den mannigfaltigen Fährlichkeiten bedroht erscheinen. Die oft gehörte Meinung, daß die Landwirtschaft als ein relativ sicheres Gewerbe, im Vergleich etwa mit Industrie und Handel, sich darstelle, ist daher wenig zutreffend; denn sie befindet sich letzteren gegenüber in der unvorteilhaften Lage, daß eine Gewißheit für das Gelingen des Produktionsprozesses selber — auch bei Anwendung der gebotenen geschäftlichen Vorsicht — nie besteht, weil unvorherzusehende und unabwendbare schädigende Einwirkungen der äußeren Natur (Unbeständigkeit der Witterung, elementare Schäden, Auftreten von Seuchen und Pflanzenkrankheiten etc.) in jedem Stadium des Produktionsprozesses hemmend und verlustbringend einwirken können. Und es ist daher dem landwirtschaftlichen Betrieb der Charakter einer gewissen Unberechenbarkeit des Erfolges der Produktion in viel höherem Maße als anderen Erwerbszweigen aufgeprägt.“

Zu dem Budget über Schulwesen beabsichtigte ich, über die allgemeine weibliche Fortbildung, insbesondere über Frauenstudium als Vorbereitung für die verschiedenen geeigneten höheren weiblichen Berufsarten zu sprechen, durch den Schlußantrag wurde mir aber das Wort abgeschnitten. — Ueber die Erweiterung und Vertiefung der weiblichen Bildung im allgemeinen wird ja viel gesprochen und geschrieben, auch getan, zumeist aber im Hinblick auf die bessergestellten Frauenkreise. Darüber sich zu unterhalten, kann in unserer Landwirtschaftsdebatte selbstverständlich die Rede nicht sein. Es muß aber, ohne Zweifel in gleichem, ja vielleicht höherem Maße unsere Pflicht und Aufgabe sein, der großen Masse der Frauen, namentlich auch der ländlichen Bevölkerung, diejenige Ausbildung zu geben, welche es ihr ermöglicht im harten Kampf ums Dasein ihre intellektuelle und wirtschaftliche Lage zu bessern und sicherzustellen.

Mittel zu diesem Zweck sind ein guter Schulfach, also tüchtige elementare Vorbildung, sodann die allgemeine weibliche Fortbildungsschule, welche durch das Unterrichtsgesetz vom Jahre 1868 in das Ermessen der Gemeinden gestellt und auf deren Besuch kein Zwang ausgeübt, welche dann später durch Gesetz vom 18. Februar 1874 für Knaben und Mädchen verpflichtend gemacht wurde für erstere auf die Dauer von zwei Jahren, für letztere von einem Jahr, sodann durch Verordnung vom 26. November 1891 die Erteilung des Fortbildungsunterrichts für Mädchen in Gestalt einer Unterweisung in Haushaltungskunde mit Uebungen im Kochen gestattet. 90 Proz. des gesamten weiblichen Nachwuchses machen die Volksschule durch und erhalten da eine verhältnismäßig gute Allgemeinbildung, womit nicht gesagt sein soll, daß nicht in mancher Hinsicht eine bessernde Hand angelegt werden kann und soll.

Diese Allgemeinbildung kann nun wohl die Grundlage, keineswegs aber den Abschluß der Vorbildung für einen der weiblichen Berufe, am allerwenigsten für den Beruf der Mutter und Hausfrau sein, welchen wohl die meisten Volksschülerinnen wählen. Wo erwerben sich nun diese Mädchen die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten für den hausfraulichen Beruf, wo die erforderliche praktische und sittliche Schulung, das zu gründende Heim einmal behaglich zu gestalten und segensreich über das ganze Hauswesen zu walten?

Die Not des Lebens zwingt die eine Schulentlassene in die Fabrik, wo sie der Maschine Handlangerdienste leistet, die andere als Dienstmädchen in die Fremde, wieder eine andere in einen kaufmännischen Betrieb, manche in Geschäfte, welche durch Handarbeit mit der Nadel ein kümmerliches Auskommen bieten. Wenigen ist das glücklichere Los beschieden, in häuslicher Arbeit, unter der

Führung und dem Schuß einer tüchtigen Mutter oder Dienstherrin für seinen hausfraulichen Beruf die wünschenswerte Vorbereitung zu erhalten. Dies ist ja da und dort auch mal der Fall, war überhaupt früher zur Zeit der „Familienwirtschaft“ fast in der Regel so, ist heute aber seltener, weil die Mutter oder Dienstherrin gar oft der Schulung selbst entbehrt. Dies ist nun ein beklagenswerter Mißstand für die Einzelne, für die Familie, wie für die Allgemeinheit.

Nach einem in der „Sozialpolitischen Rundschau“ mitgeteilten Aufsatz wurde festgestellt, daß durch unzweckmäßige Auswahl und Zubereitung der Speisen Werte für das Nationalkapital verloren gehen, die jährlich nicht nach Millionen, sondern nach Milliarden zu berechnen seien, wobei die indirekten Wertverluste ungerchnet seien, welche infolge unzweckmäßiger Ernährung und verminderter Arbeitskraft, frühzeitiger Abnutzung, Widerstandsfähigkeit gegen Krankheit zum Ausdruck kommen.

Der Herr Kollege Neuwirth war meines Erinnerns der einzige, der auf die Notwendigkeit einer besseren Vorbildung für den weiblichen Teil der ländlichen Bevölkerung durch Haushaltungsunterricht hingewiesen hat.

Wenn die Volkswohlfahrt am Herzen gelegen ist, der muß für diese höchst wichtige Sache eintreten und zwar nicht bloß für die Ausbildung für die freien Erwerbsberufe, sondern ganz besonders für die hausfrauliche Vorbildung. Wir verlangen, und mit Recht, heute eine bessere Ausbildung des angehenden Landwirts, der es versteht durch Benützung aller wissenschaftlichen und technischen Mittel die Landwirtschaft rationeller zu betreiben und intensiver zu wirtschaften. Da soll doch sicherlich die Frau auch nicht zurückstehen und nicht Ursächerin manches häuslichen Zwists, mancher Not und manchen Glends, gar der leiblichen, geistigen und sittlichen Verwahrlosung der Kinder sein.

Eine sehr reiche Bauernfamilie des badischen Oberlandes, welche nur eine Tochter hatte, kam, wie mir von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wurde, um Hab' und Gut lediglich durch die Mißwirtschaft der Frau, welche keinen wirtschaftlichen Sinn, kein Verständnis für die einfachste häusliche Arbeit gehabt, von Küche und Haus nichts beispielsweise nur Bohnen und Knöpfe zu locken verstanden habe, weshalb auch kein Diensthote ausgehalten habe. Um so mehr habe es die bebauerliche Frau verstanden, gute Kundin des Zuckerbäckers zu sein. So sei man von den Federn aufs Stroh gekommen und die Tochter mußte Diensthote werden. Es bietet sich also hier ein reiches Feld segensreicher Tätigkeit für Staats- und Selbsthilfe Kreise, Gemeinde, Einzelne und Vereine durch Förderung der hauswirtschaftlichen Ausbildung.

Die Kreisbildungsjungen hat eine blühende, segensreich wirkende und Haushaltungsschule, welche im Winterkurs von 25, im Sommerkurs 1905 von 9 Schülerinnen besucht wurde. Sie erteilt Unterricht auch in der Ernährung, über Ernährungslehre und Gesundheitspflege und ermöglicht auch weniger bemittelten Mädelein, daß hiervon ein guter Gebrauch gemacht werden kann, solche Koch- und Haushaltungsschulen, welche durch Ministerial-Befehl vom 26. November 1891 geregelt sind, aber vielen Eltern nicht möglich unterlassen. Weil es für die Töchter von dem Ort der Haushaltungsschule zu geben und wegen der damit verbundenen Kosten, empfehlen sich die neuerdings eingerichteten Wanderverschulungskurse, welche von einer geprüften Haushaltungsschullehrerin in Kurzen von 2-3 Monaten an eine bestimmte Anzahl von Mädelein an allen Wochentagen mit

tage erteilt, in allen vorkommenden Haushaltungsbeschäftigungen. Mit staatlicher Unterstützung könnten alle Kreisverbände sich damit befassen, solche einzuführen. Sehr zufriedenstellende Berichte liegen darüber vor.

Die ostdeutschen Hausfrauenvereine wurden zu besserer hauswirtschaftlichen Ausbildung des ländlichen weiblichen Nachwuchses von Frau Rittergutsbesitzer Böhm auf Langgarten ins Leben gerufen. Diese Dame hat allzeit ein offenes Auge für die Landwirtschaft gehabt und ist nicht nur für ihre eigene bessere Ausbildung, sondern auch für die ihrer Geschlechtsgenossinnen eingetreten.

„Oft beklagten sie es, wird mitgeteilt, daß die Hausfrauen in ihrer Vorbildung hinter den Männern der Landwirtschaft und anderer Berufe zurückstehen. Der Mann verlange fast ausnahmslos eine gute Schulbildung, besuche dann eine landwirtschaftliche Lehranstalt und bilde sich in Vereinen und durch die berufliche Presse fort. Das alles fehle zumeist den Frauen.“ Das Bestreben dieser Damen geht dahin, ihre Schulbildung in Mutterwirtschaften auf längere Zeit unterzubringen. Nach dem von Frau Böhm auf der 10. Tagung des Verbandes ländlicher Genossenschaften in Danzig statteten Berichte über ihre Erfolge, konnte sie mitteilen, daß 200 Vereine sich gebildet haben und zum Schluß fügt sie bei: „Unsere jungen Mädchen müßten mit Stolz auf ihren schönen landwirtschaftlichen Beruf erfüllt und so an die heimatliche Scholle gefesselt werden; denn das Land sei die Nährmutter aller Völker und Zeiten.“

Wenn dieser Geist der ländlichen weiblichen Jugend beigebracht werden kann und wenn er in den neugegründeten Familien gepflegt wird und fortlebt in der kommenden Generation, dann wird auch die vielbesagte Leutenot beseitigt werden.

Durch Bekanntmachung vom 19. Februar 1886 wurde die Aufnahme der landwirtschaftlichen Buchführung in den Unterrichtsbetrieb der allgemeinen Fortbildungsschule angeordnet.

Auch in der Landwirtschaft sind die einfachen früheren Verhältnisse anders geworden. Mag ein Landwirt über den besten Schulsack verfügen, mag er ein ganz vorzüglicher Kopfrechner sein, so sollte er gleichwohl, um eine klare Uebersicht über seine Vermögenslage, die Einnicht in den Gang seiner Wirtschaft und den Nachweis darüber zu haben, welches in den einzelnen Teilen seiner Wirtschaft die Auslagen und welches die Erträge sind, Buch führen. Der wirtschaftliche Vorteil einer guten, wenn auch ganz einfachen Buchführung, ist unendlich groß. Durch fortgesetzte eigene Beobachtung muß er die verschiedenen Rechnungsposten genau kennen und abschätzen, so z. B. die Arbeitsleistungen von Menschen und Vieh, Löhne, Erträge der verschiedenen Nutzpflanzungen und der Viehhaltung, Aufwand des Haushalts usw. Gerade die genaue Berechnung der Arbeitslöhne ist zur Feststellung des Aufwandes unentbehrlich. Mancher Landwirt erfährt bei der Zusammenstellung der Summen eine Ueberraschung und wird sich dann wohl die Frage vorlegen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, eine Maschine anzuschaffen.

Schon das ist ein großer Vorteil für den buchführenden Landwirt, daß er seine sachtechnischen Kenntnisse vermehrt, weil er, ohne es zu wollen, auf den großen Wert verbesserter Wirtschaftsmethoden und Betriebsmittel (bessere Saaten, Viehzucht, Düngemittel, Maschinen etc.) hingewiesen wird, wodurch ihm von selbst der Wegweiser genossenschaftlicher Selbsthilfe in den Bauern- und landwirtschaftlichen Vereinen (Darlehenskassenvereinen, Ein- und Verkauf-, Produktionsgenossenschaften) gezeigt wird. Formulare für die einfache Buchführung kann man bei jeder Buchhandlung erhalten für geringes Geld. Jeder Landwirt, welcher einmal während eines Jahres Buch geführt hat über seine Wirtschaft, wird daran Vergnügen

finden, zumal wenn der Jahresabschluss als ein guter bezeichnet werden kann.

Daß die Kreidenotizen am Scheinentor oder die paar hingeworfenen Bemerkungen im Kalender nicht genügen, liegt wohl auf der Hand. Die geordnete Buchführung der Landwirte sollte bestehen aus 1. einem Kassen- resp. Hauptbuch und 2. aus der Inventur. In ersterem muß jede Einlage und jede Herausnahme notiert werden. Verteilt man zudem noch die Rechnung auf die verschiedenen Zweige der Wirtschaft also Getreidebau, Lohnarbeit, Viehzucht usw., so ist man noch besser daran.

Die Einträge sind nach der Zeitfolge und zwar in der Kassenpalte, und falls man nach den Wirtschaftszweigen noch verschiedene Verteilungsfächer benützt, auch in diese einzutragen. Am Ende des Monats sind selbstverständlich Einnahmen und Ausgaben zusammenzuzählen und letztere von ersteren abzuziehen. Hierdurch erfährt man, was jeder Betriebszweig eingebracht, bzw. was er gekostet hat, sowie was verdient worden ist.

Die Inventur ist alljährlich zu machen und sie hat sich zu erstrecken auf das Grundkapital an Grundstücken und Gebäuden, das bestehende Betriebskapital, welches sich aus lebendem und totem Inventar zusammensetzt, wozu das umlaufende Betriebskapital noch kommt. Durch die Zusammenstellung des Vermögens und der Schulden und die Vergleichung solcher Zusammenstellungen von 2 Jahren kann man ersehen, ob man reicher oder ärmer geworden ist.

Eine solche Buchführung ist aber auch ganz besonders zweckmäßig und dienlich bei Rechtsstreitigkeiten. Während meiner 33jährigen Tätigkeit bei Gericht habe ich oft die Erfahrung gemacht, wie unerlässlich die Buchführung für geordnete Landwirtschaft ist. Eine geordnete Wirtschaftsführung ist aber auch der sicherste Schutz gegen Prozesse. Steht ein Bauer mit einem Kaufmann, Handwerker oder Arbeiter in Rechnung, schreiben sie nicht jeweils alles genau auf im Vertrauen auf ihr Gedächtnis und sie kommen dann endlich nach Jahr und Tag zum Abrechnen, so zeigen sich Differenzen und der Streit ist da. Nicht umsonst sagt man: „Nichtige Rechnung hält gute Freundschaft.“ Und wie viele Prozesse werden im Wirtschaftsleben geboren! Gute Buchführung schützt auch vor Rechtshaberei, welche die Mutter vieler Prozesse ist.

Der bisherige Landwirtschaftsrat, bestehend aus den gewählten Vertretern der Gauverbände des landwirtschaftlichen Vereins, der 11 Kreisaußschüsse, einiger landwirtschaftlicher Verbände und einigen von der Regierung ernannten Mitgliedern, kann nicht als eine den bestehenden Interessenvertretungen für Handel und Großgewerbe und für das Handwerk gleichwertige Interessenvertretung erachtet werden, schon um deswillen nicht, weil die Organisation und Zuständigkeit des Landwirtschaftsrates nicht auf Gesetz, sondern nur auf Landesherlicher Verordnung beruht, mithin jederzeit geändert, ja wieder aufgehoben werden kann.

Es kann der Landwirtschaftsrat nach der Art seiner Zusammensetzung nicht als ein die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung repräsentierendes Interessenorgan bezeichnet werden, das getragen wäre vom Vertrauen der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung. Damit soll aber die Wirksamkeit und die erfolgreiche Tätigkeit dieser Organisation in keiner Weise getadelt, sondern nur gesagt sein, daß eine bessere Organisation an deren Stelle gesetzt werden könne und müsse.

Ebenjowenig soll den freien Vereinigungen, dem landwirtschaftlichen Verein oder dem Bauernverein zu nahe getreten werden, wenn gesagt wird, daß auch sie für den größten Berufsstand keine gleichwertige Vertretung waren.

Was Preußen schon seit 1894 besitzt, nämlich Landwirtschaftskammern, das werden wir, so wir hoffen,

durch die Verabschiedung des gegenwärtig uns vorliegenden Gesetzes erhalten.

Die landwirtschaftlichen und Bauernvereine waren seither die bahnbrechenden Pioniere auf dem Gebiete der Landwirtschaft und es ist gar nicht erwünscht, daß sie durch die Landwirtschaftskammer lahm gelegt oder gar ganz außer Tätigkeit gesetzt werden, sie sollen vielmehr in der lebenskräftigen Fortdauer als freie Vereine, das Ergebnis ihrer Erfahrungen und Fortschritte, in und durch die Landwirtschaftskammer für den ganzen Berufsstand der Landwirtschaft nutzbar machen. Die freien Vereine waren nach dieser Auffassung und sollen sein eine Art Vorschule für die neue Organisation. Was der Landwirtschaftskammer eine besondere Berechtigung gibt und ihr einen Vorzug vor dem Landwirtschaftsrat verleiht, ist, daß sie auf breiterer Basis wirkt. Nur ein Bruchteil der Landwirte war bisher Mitglied des einen oder andern freien Vereins, welcher auf Hebung der Landwirtschaft und vorab Förderung der Landesinteressen abhebt.

Viele blieben solchen Vereinen überhaupt ferne aus Mangel an Mitteln. Der Bauer überlegt es erfahrungsgemäß dreimal, bis er sich entschließt, einen Vereinsbeitrag zu leisten. Mit der Freiwilligkeit reicht man also nicht immer aus, es sind obligatorische Organisationen nötig, weil die durch die Gemeinschaftszwecke erforderlichen Mittel zur Deckung der Kosten in gesetzlich geordneter Weise teils durch Staatsbeiträge, teils durch Besteuerung beigebracht werden können. Soll etwas erreicht werden, so muß der ganze Stand der Landwirtschaft für die Einrichtungen zur Hebung derselben, sowie zur erspriesslichen Förderung seiner Interessen eintreten. In vielen Fällen fehlen aber auch den freien Vereinen die erforderlichen Kompetenzen und Mittel, um als begutachtende Organe — wie die Landwirtschaftskammer ja eines werden soll — die geeigneten Ermittlungen anstellen, sachgemäße und erschöpfende Berichte erstatten und Vorschläge machen zu können. Ueberdies wird auch der Landwirtschaftskammer ein größeres autoritatives Ansehen eignen, wenn es gilt, die Fortschritte der Wissenschaft und Technik zu vermitteln und bei den Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung zur sozialen Hebung und Festigung des Bauernstandes mitzuwirken.

Die landwirtschaftliche Krise der 90er Jahre, wo die Not so drückend auf den Landwirten lastete, hatte die Folge, daß Vereine und Genossenschaften mehr als früher gegründet wurden und zwar zumeist mit großem Erfolg.

Alle Landwirte müssen zur Erkenntnis kommen, daß die genossenschaftliche Selbsthilfe unumgänglich notwendig ist und daß der Berufsstand der Landwirtschaft ebensowenig ihrer entbehren kann, als auf dem Gebiete des Handwerks der Handwerkerstand der Innungen, Innungsverbände und Handwerkskammern. Soll also die Selbsthilfe der Landwirte Erfolg haben, so darf die Gründung und Förderung weiterer landwirtschaftlicher Genossenschaften nicht unterbleiben.

Es kann nicht genug betont werden, daß die Genossenschaft nicht nur materielle Vorteile den Mitgliedern bietet, sondern sie geradezu erzieht zur Selbstzucht in der Verwaltung des Vermögens, zur Betriebsamkeit, sowie zur Benutzung der wissenschaftlichen und technischen Fortschritte im Ackerbau, der Viehzucht etc., was alles die wirtschaftliche, geistige und sittliche Hebung der ländlichen Gemeinden im Gefolge hat.

Die Vereine und Genossenschaften können aber dem Landwirte nur die Mittel an die Hand geben. Sache des Landwirts ist es und bleibt es die Hände nicht in den Schoß zu legen, sondern die gebotenen Mittel auszunützen, denn der Betrieb der Landwirtschaft ist eine Kunst, die betätigt sein will und zwar durch Benützung der naturwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Er-

kenntnisse. Nicht umsonst hat die Regierung in Gemeinschaft mit der Volksvertretung sich seit Jahren bemüht, das landwirtschaftliche Unterrichtswesen zu heben zur Ausbildung der Einzelnen in den verschiedenen Zweigen des landwirtschaftlichen Betriebes. Man kann nur wünschen, daß überall auf dem Lande den Fortschritten im landwirtschaftlichen Betrieb das wünschenswerte Interesse entgegengebracht werde.

Jeder tue was er kann; wenn er nur etwas tut, was dem Vaterlande dient, so hat er den Besten seiner Zeit genügt! (Bravo!)

Abg. Fhrig (Dem.): Ich habe mir die Aufgabe gestellt, der Regierung eine Bitte aus meinem Bezirk zu unterbreiten. Ich möchte aber vorher auf einige Ergebnisse der Diskussion zurückkommen.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Landwirtschaft heute besser steht als früher. Diese Frage ist von verschiedenen Seiten verschieden beantwortet worden. Manche der Herren haben sehr dunkel gesehen, manche haben die Antwort in freundlicher Weise gegeben. Der Herr Kollege Duffner hat grau in grau gemalt. Allerdings die Statistik, die er gebracht hat, war schon 15 Jahre alt. Der Herr Kollege Säger hat freudigere, hellere Farben aufgetragen, er hat von einzelnen Betrieben direkt zugegeben, daß heute eine gute Rentabilität zu erzielen sei, wie z. B. von der Milchwirtschaft und der Viehzucht. Er hat das richtigere wohl getroffen; aber das andere dürfen wir wohl auch sagen, ohne daß wir Buchenberger zu Hilfe nehmen, daß das landwirtschaftlich angelegte Kapital sich weniger gut rentiert als das, welches in der Industrie angelegt ist. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß der Landwirt, wenn er vorwärts kommen will, zunächst außerordentlich fleißig und tätig sein und die äußerste Sparsamkeit walten lassen muß. Im andern Fall wird es ihm schwer, Fortschritte zu machen.

Nun ist auch davon gesprochen worden, ob unsere Landwirte rückständig seien. Ich habe sofort die Empfindung gehabt, daß der Herr Kollege Kolb von den Herren, die sich gegen ihn gewandt haben, eben mißverstanden worden ist, daß er nicht meinen konnte, daß alle Landwirte im allgemeinen rückständig seien. Dagegen müßte ich mich auch wehren; denn meine Pfälzer beweisen das Gegenteil. Wie es der Herr Kollege Säger aufgefaßt hat, so wird er es gemeint haben: daß eben auf manchen Gebieten noch manches zu tun ist, daß insbesondere bezüglich der Ausbreitung des Genossenschaftswesens manches rückständig ist, daß der Zugang zu den Winterschulen nicht in wünschenswertem Maße stattfindet und ähnliches. Im allgemeinen ist anzuerkennen, daß unsere Landwirte eine gute Anpassungsfähigkeit an die Verhältnisse zeigen und daß man von einer allseitigen Rückständigkeit im allgemeinen Sinn wohl nicht sprechen kann.

Ein altes Sprichwort sagt: „Viel Schwein und Federvieh verderben den Bauern, er weiß nicht wie“. Man bezeichnet in der Regel ein solches altes Sprichwort als ein Wahrwort. Im allgemeinen wird man damit wohl recht haben; wenn dasselbe sich aber auf wirtschaftliche Verhältnisse bezieht, so kann es dann nicht zutreffen, wenn diese Verhältnisse sich geändert haben.

Von der Schweinezucht wird man nicht sagen können, daß sie sich nicht rentiere, wenn man in Mannheim für ein Pfund Schweinefleisch eine Mark und 1,10 M. bezahlt. Aber das muß ich sagen, daß ich mich bei der Durchsicht des Budgets gewundert habe, daß, wenn wir 300 000 Mark für die Pferde- und ihre Fütterung ausgeben, die Schweinezucht, die doch auch einen bedeutenden Zweig der Landwirtschaft ausmacht, daneben nur mit 14 000 Mark bedacht ist. Ich habe mir gedacht, daß doch auch

hier etwas tiefer in den Staatsfädel gegriffen werden dürfte.

Auch in Bezug auf die Geflügelzucht hat das vorhin zitierte Sprichwort nicht recht. Ich möchte der Regierung dafür danken, daß sie hier nun weitergehend fördernd eingreifen will. Ich habe vor einiger Zeit eine Statistik gelesen, daß wir im deutschen Reich jährlich für 120 Millionen Mark Geflügel und Geflügelprodukte einführen. Da ist mir zunächst der Gedanke gekommen: muß denn das so sein; sind wir nicht imstande, eine ganze Anzahl dieser Millionen im Lande behalten zu können? Ich glaube wirklich, daß bei einem rationellen Betrieb unsere Geflügelzucht so gehoben werden könnte, daß, wenn auch nicht der ganze Inlandmarkt in den nächsten Jahren gedeckt werden könnte, so doch eine Anzahl Millionen im Lande verbient werden und hier bleiben könnten. Wenn man die Sache natürlich so rückständig treibt, wie jene Bauernfrau, die sagte, weil das Huhn in der Mauerzeit keine Eier legt, so braucht es auch kein Futter, so ist das natürlich kein rationeller Betrieb. Wenn die Geflügelzucht im Auslande besser betrieben wird als bei uns, so wäre es vielleicht angezeigt, daß man den einen oder andern intelligenten Landwirt — das möchte ich der Regierung empfehlen — ins Ausland schickte mit einem Reisestipendium, wie das in anderen Berufsgruppen auch gemacht wird, der dort die Sache studiert und wenn er zurückkommt, Vorträge hält über das, was er gesehen hat. Ich glaube, die Geflügelzucht ist wichtig genug, daß man auch in dieser Richtung fördernd vorgehen könnte.

Die außerordentlich beweglichen Klagen der Rebbaupern, die wir gehört haben, geben mir zu einigen Bemerkungen Anlaß. Ich habe leßthin mit einem guten Freunde einen Ausflug gemacht in einen mittelbadischen Weinort, und da haben wir einen ganz vorzüglichen Wein getrunken. Ich habe mir dabei gesagt: Warum können wir in Mannheim nicht auch um einen vernünftigen Preis einen solchen zu trinken bekommen? Was hemmt denn das? Nun hören wir, daß am Kaiserstuhl broben gute Weine in kolossaler Menge liegen, die Leute kämen nicht zu ihrem Geld und könnten nicht zahlen, so daß sehr schwierige Verhältnisse für diese Rebbaupern gekommen seien. Zur Abhilfe ruf man nach der Polizei. Ich habe nichts dagegen, wenn man die polizeilichen Bestimmungen verschärft. Ich bin auch nicht dafür, daß man „Mausdreck für Kümmel verkauft“, wie ein altes bäuerliches Sprichwort sagt, aber mit den polizeilichen Bestimmungen ist es so eine Sache. Wenn man nicht das Haus zuschließt sondern noch Türen aufläßt, dann muß es auch nicht so viel, wenn man vor die Türe den Polizeibediener stellt. Man wird vielleicht etwas schlauer die Sache anfangen, aber es wird schließlich doch nicht alles unterdrückt werden können. Aber ich habe mir gedacht, warum bringen denn diese Rebbaupern ihre Weine nicht besser auf den Markt als bisher? Heute warten sie im allgemeinen zu, bis die Leute zu ihnen kommen. Nun denke ich mir den Markt in einer ähnlichen Weise, wie es der Herr Kollege Säger vorhin ausgeführt hat. Warum schließen sie sich nicht zusammen zu Winzer-Genossenschaften und nehmen in der einen oder anderen Stadt vielleicht ein oder zwei Wirte-lokale? Ich denke, wenn wir in Mannheim eine Umweg, eine Neuweiserer oder eine Durbacher und andere Weinstuben hätten, wo die Rebbaupern selbst gezogene und naturreine Weine verzapfen würden, sodaß das Publikum der „Zungenfachverständigen“ wäre, so würde die Schmiererei nebenbei gar nicht aufkommen können. Denn in aller Welt trinkt man einen guten Wein zu einem vernünftigen Preis lieber als einen schlechten!

Allerdings, einer der Herren hat auch davon gesprochen, daß es eben außerordentlich „kleine“, wie er sich aus

gedrückt hat, „schwache“ Weine gebe. Ja, wenn die Weine so gering sind, so gehören diese Weine auch weiterhin nicht gepflegt; ich glaube, da würde man am besten tun, die Rebstöcke herauszuhauen und Rüben oder Kartoffeln zu bauen, Vieh und Schweine zu mästen. Es muß ja nicht unbedingt, wo ein gutes Gewächs nicht erzielt werden kann, Wein gepflanzt werden.

Ueber den Obstbau ist noch wenig gesprochen worden. Ich glaube, daß der Herr Kollege Seppert, der ja ein sehr erfahrener Obstzüchter ist, uns wohl noch Einzelheiten daraus bringen wird. Aber ich möchte doch auch einiges dazu sagen. Wir sehen, daß vielfach noch geseht wird beim Anpflanzen der jungen Bäume, daß man wahllos die Bäume kauft, weil sie billig sind, gleichgültig, ob sie schon lange herumgeschleift worden sind, ob die Sorten für die betr. Gegend passen oder nicht. Wir sehen, wie schädlich es ist, daß so außerordentlich viel Sorten gepflanzt werden, worunter die Marktfähigkeit der Ware leidet. In Nordamerika macht man das anders. Auf den großen Obstfarmen hat man nur wenige Sorten; das macht die Ware verhandsfähig und führt zu guten Preisen. Nun habe ich mir da schon gedacht: warum richten wir nicht staatliche Baumschulen ein, wenn wir diesen Zweig haben wollen, von 2 bis 3 Morgen in jedem Bezirk, setzen einen staatlichen Baumwart hinein mit der Aufgabe, daß er nun so viel als möglich Bäume pflanzt von den Sorten, die in diesem Bezirk Erträge in hervorragendem Maße abwerfen, stellt ihm das nötige Hilfspersonal noch zur Verfügung, und gibt dann diese Bäume womöglich unentgeltlich an die einzelnen Landwirte ab? Der Herr Minister lächelt darüber und denkt, das kostet Geld. Da möchte ich ihm den Rat geben, wenn er in dieser Weise Besorgnisse hat, er möchte in jedem Bezirk einen Gendarmen weniger anstellen, dann wird die ganze Sache nicht teurer und wenn da zwei Purche am Sonntag sich verteilen und sie kommen einmal nicht vor den Kadi und die Väter müssen sie nicht zu Hause entbehren, während sie „sitzen“, so werden sie nichts dazugehen haben, und die öffentliche Sicherheit wird auch nicht Not leiden (Geisterheil). Wenn es uns gelänge, im badischen Land 8 bis 10 Millionen Obstbäume mehr zu pflanzen, so wäre das Vermögen des badischen Staates in so eminentem Maße gehoben, daß ich glaube, die Groß-Regierung könnte auf eine solche Tat außerordentlich stolz sein.

Daß die Frage bezüglich der Abschaffung der zweiten Lehrer an den landwirtschaftlichen Winterkursen in den Kreisen unserer Landwirte Besorgnisse erregt hat, ist wiederholt schon von einzelnen Rednern besprochen worden; ich glaube, daß ich darauf nicht näher, insbesondere nach den eingehenden Ausführungen des Herrn Kollegen Obkircher eingehen soll. Ich glaube, daß die Groß-Regierung dazu kommen wird, wenigstens an größeren Winterkursen einen zweiten Lehrer wieder anzustellen, der dann bei uns sich in die Verhältnisse einarbeitet und eingewöhnt.

Von dem Wert einer besseren Volksschulbildung für unsere landwirtschaftliche Bevölkerung, die ja zu einem sehr großen Teil eben nur die Volksschule besucht, ist ebenfalls gesprochen worden; wir werden auch in der nächsten Woche noch Gelegenheit haben, über diese Materie uns näher zu unterhalten, ich kann sie deshalb gleichfalls nur in aller Kürze streifen.

Noch ein Wort möchte ich zu den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen und ihrer Errichtung sprechen. Ich halte diese für außerordentlich wichtig. Daß unsere Winterkursen manchmal so schlecht besucht sind, hat zunächst seinen Grund darin, daß der Bauersmann, insbesondere der kleinere und mittlere, die Aus-

gabe scheut, die ihm dadurch erwächst, daß er seinen Sohn, wenn er auch nur für wenige Monate, nach auswärts tun muß. Wenn wir aber nach dem Vorbild, das wir bei den gewerblichen Fortbildungsschulen sehen, in ähnlicher Weise diese Schulen in größeren Dörfern errichten würden, wie wir die gewerblichen Fortbildungsschulen errichtet haben, so würden wir für die Landwirtschaft etwas segensreiches schaffen. Es ist davon gesprochen worden, daß wir dafür keine Lehrer haben. Das trifft für den Augenblick zu, aber wir hatten auch keine Lehrer für die gewerblichen Fortbildungsschulen; es war uns jedoch möglich, durch Kurse, die wir abgehalten haben, solche Lehrer heranzubilden, und ich glaube, die Ergebnisse, die wir dort erzielt haben, sind sehr erfreuliche, und es würde wohl auch angehen, daß man in ähnlicher Weise bei der Landwirtschaft ebenfalls den Versuch mit Errichtung solcher landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen machen würde.

Ebenso muß ich die Anregung, die der Herr Kollege Müller dankenswerter Weise gegeben hat, eine landwirtschaftliche Mittelschule zu errichten, unterstützen.

Ich kann freilich einen Nachweis dafür nicht erbringen, daß nun eine besonders große Frequenz zu erwarten wäre, ich kenne mich darin nicht aus. Aber ich weiß doch, gerade mancher von den besser situierten Pfälzer Landwirten würde sehr gern seinen Sohn dorthin schicken, um ihn besser in die Theorie der Landwirtschaft einzuweihen zu lassen, als es die andern Schulen heute möglich machen. Ich sage mir, bei dem ausgestatteten Mittelschulwesen, das wir im badischen Land haben und bei den erheblichen Ausgaben für die andern Mittelschulen, dürften wir sehr wohl eine landwirtschaftliche Mittelschule im Lande haben und wir dürften da nicht sparen, wenn ein Bedürfnis darnach sich herausstellt.

Ueber die Bienenzucht und die anerkanntwertigen Leistungen des Vereins für Bienenzucht ist von mehreren Herren gesprochen worden, sodaß ich mich auch hier ganz kurz fassen kann. Wir haben vor wenigen Jahren noch eine Honig-Einfuhr im Wert von 5 bis 6 Millionen gehabt und haben durch unsere rationelle und gute Bienenzucht es tatsächlich dahin gebracht, daß diese Einfuhr, obwohl der Honigkonsum sich erheblich gesteigert hat, in den letzten Jahren herabgemindert worden ist und heute nur noch etwas über eine Million beträgt. Ich glaube, wenn wir so fortfahren, werden wir auch diese letzte Einfuhr vollends beseitigen. Meistens ist das, was heute eingeführt wird, Schmiererei, die die Schmieranstalten in Ungarn und Galizien und vielleicht auch in manchen Gegenden Norddeutschlands zu uns bringen, diese Schmiere, wovon das 10 Pfund-Rohst ausgeführt wird zu 5 M., also das Pfund für 50 Pfg. Wenn ich das lese, dann weiß ich, daß das kein Honig sein kann, der uns dargeboten wird; denn für 50 Pfg. kann man das Pfund reinen Honig natürlich nicht abgeben. Wenn bei dieser Gelegenheit in diesem Hause meiner Berufsgenossen, der Lehrer, in freundlicher Weise gedacht worden ist, so quittiere ich mit Dank; es ist auch nach meiner Erfahrung richtig, daß meine Kollegen sich mit der Bienenzucht außerordentliche Mühe geben landauf, landab; ich glaube, man hätte auch die Herren Geistlichen beider Konfessionen in dieses Lob einschließen dürfen; denn gerade auch von ihrer Seite wird nach Möglichkeit die Förderung der Bienenzucht betrieben.

Daß die Singvögel hervorragende Freunde unserer Landwirtschaft sind, hat uns auf dem vorigen Landtag schon der Herr Kollege Dr. Weggoldt eingehend auseinandergesetzt; es ist eine bekannte Tatsache, daß in Italien unsere dortigen Bundesbrüder in dieser Beziehung nicht sonderlich „bundesbrüderlich“ an uns handeln, und daß,

trotz aller Bestimmungen, dort nach wie vor eben diese Tierchen, die im Winter den sonnigen Süden aufsuchen müssen, um sich in diesen Monaten ernähren zu können, in Mengen eingefangen und abgeschlachtet werden. Schließlich kann man das gerade den Italienern gar nicht sonderlich übel nehmen; denn ein Land, das nicht einmal imstande ist, seine Banditen in Ordnung zu halten, kann auch kein Verständnis dafür haben, daß man Tiere, die für ein anderes Land außerordentlich wichtig sind, schonen und pflegen müßte.

Die einheimische Singvögelwelt geht von Jahr zu Jahr zurück, auch dadurch, daß sie nur mangelhafte Gelegenheit zum Nisten findet und daß die Plätze mit einzelnen Heden, die man früher an Rainen und Schaftrieben noch hatte, allmählich immer mehr ausgerottet und zu Feld angelegt worden sind. Dadurch ist die Gelegenheit zum Nisten und Sicherheit für diese Tierchen eben sehr zurückgegangen. So wird konstatiert, daß wir von Jahr zu Jahr weniger Singvögel haben. Da ist es nun sehr erfreulich zu hören, daß man in manchen Gegenden es verstanden hat, dadurch daß man Nistkästchen angebracht hat, wieder die Zahl der Vögel erheblich zu heben. Es ist mir da ein Ausschnitt aus einer Schwefinger Zeitung zur Hand, worin mitgeteilt wird, daß in der Nähe von Neilingen (einem Orte meines Bezirkes) vor Jahresfrist in den Staatswaldungen zahlreiche Nistkästchen aufgestellt worden sind, und daß dadurch insbesondere den außerordentlich nützlichen Meisen Unterschlupf vor Raubvögeln und Brutgelegenheit geboten worden ist — und daß jetzt sich auch schon der Erfolg sehr schön zeige, indem man dort Schaaren von fünfzig, sechzig, siebzig Meisen in den Waldungen und in den Baumgärten sieht. Ich habe mir da gesagt: man sollte vielleicht doch von Seiten der Großh. Regierung durch Ausgabe von Prämien an solche, die sich um die Förderung des Vogelschutzes in angebotener Weise verdient machen, vorgehen; es kämen dabei wohl die Waldhüter, Feldhüter, Bahnwarte und ähnliche Leute, die zugleich auch Naturfreunde sind, in Frage. Ich meine, mit einigen Hundert Mark für Prämien ließe sich da viel erreichen und ich möchte das der Großh. Regierung empfehlen.

Zum Schluß noch einiges über meinen Bezirk Schwefingen. Er ist ja ein wesentlich anderer als diejenigen im Schwarzwald und Odenwald. Vor allen Dingen fordert der Bezirk von seinen Landwirten in den letzten Jahrzehnten eine weitgehende Anpassung an die jeweils gegebenen Verhältnisse. Vor zwei Menschenaltern war es ein rein ländlicher Bezirk, fast ohne alle industrielle Tätigkeit; er hatte keine Großstadt in der Nähe, denn Mannheim war damals, vor fünfzig Jahren, ja auch noch ein verhältnismäßig unbedeutender Platz. Heute ist nun Mannheim zur Größe von 166 000 Einwohnern angewachsen; das unmittelbar daneben liegende Ludwigshafen mit seinen 80 000 Einwohnern dazu gerechnet, gibt ein wirtschaftliches Ganze von rund einer Viertelmillion Einwohnern. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Landwirt in einem Bezirk, der so vor den Toren der Großstadt liegt, das Günstige dieser Situation — es hat ja andererseits auch manches Ungünstige für die Landwirtschaft, so nahe bei der Großstadt zu liegen — nach Möglichkeit ausnützt und seinen eigenen Betrieb darnach einrichtet.

Es wird natürlich da drunten noch ein erheblicher Körnerbau getrieben. Ueber Hopfen, Zuckerrüben, Zichorien hat der Herr Kollege Schmidt, der als Pfälzer die Verhältnisse dort auch kennt, schon gesprochen, so daß ich in dieser Beziehung nichts mehr zu sagen brauche; auch eine größere Unterstützung des Tabakbaus durch größere Ausgaben dafür, wie der Herr Kollege Sängler sie gewünscht hat, ist mir durchaus sympathisch.

Man hat sich in meinem Bezirk in den letzten Jahren dadurch einer intensiven Ausnutzung des Bodens zugewandt, daß man dort dem Gemüsebau einen erheblichen Raum, als das in anderen Gebieten der Fall ist, gewährt. Es ist ja bekannt, daß die Schwefinger Spargel weithin in ganz Deutschland einen vorzüglichen Ruf haben; Schwefingen allein produziert im Jahre gegen 4000 Zentner dieses ganz vorzüglichen Gemüses.

Ich glaube nun, daß man gerade bezüglich des Gemüsesbaues dort in nächster Zeit noch etwas mehr tun wird und tun muß, indem man auch noch andere Gemüse in größerem Umfang anbaut; und ich glaube, daß man insbesondere unseren kleineren Landwirten dort einen Gefallen tun wird, wenn man sie vielleicht in dieser Beziehung etwas anleitet. Wenn freilich die einzelne Bauersfrau mit ihrem Marktkorb in Mannheim auf den Markt gehen will, dann wird sie nicht viel von dem Gelde nach Hause bringen, das sie auf dem Markt einnimmt; wenn sie in Rechnung stellt, was die Fahrkarte kostet, was sie in der Stadt verzehrt, was sie außerdem noch zu Hause veräumen muß, so rentiert die Sache nicht; so kann man die Sache nicht betreiben. Ich denke mir, das müßte man wesentlich anders machen. Man müßte in ähnlicher Weise, wie ich das vorhin den Rebauern empfohlen habe, durch Zusammenschluß zu Verkaufsgenossenschaften es ermöglichen, Läden in der Stadt zu mieten und dann alles das, was an Milch, Butter, Eier, Obst, Gemüse und allem andern auf dem Dorf produziert wird, durch Leute aus dem betreffenden Ort selber zum Verkauf zu bringen. Ich glaube, daß, wenn das durchgeführt und also der Zwischenhandel ausgeschaltet würde, daß dann die Untkosten sehr erheblich reduziert werden könnten, und daß auf diesem Gebiete sich eine lohnende Tätigkeit entfalten ließe. Man würde wohl dahin kommen, daß man nicht von allem ein bisschen anpflanzen würde, sondern daß insbesondere diejenigen einzelnen Gemüse, nach denen immer eine regere Nachfrage ist, und deren Anbau auch immer rentiert, in erster Linie gepflanzt und auf den Markt gebracht würden; wie man beispielsweise auch in der hessischen Nähe mit der ackerweisen Anpflanzung von Gurken ganz gute Erfahrungen gemacht hat. Wir haben z. B. auf dem Mannheimer Markt jeweils Mangel an Tomaten, Schwarzwurzeln, Rosenkohl, Blumenkohl und ähnlichen Gemüsen. Gerade in letzter Zeit ist ja auch seitens der Ärzte darauf hingewiesen worden, daß diese Gemüse durch eine Reihe von Nährsalzen, die sie enthalten und die dem Körper zu seinem Gedeihen unbedingt nötig sind, außerordentlich wohlthätig auf den menschlichen Organismus einwirken; ich glaube also, daß auch mit Rücksicht darauf eine Förderung des Gemüsebaues wohl am Platze ist.

Daß, was die Viehzucht anbelangt, der von mir vertretene Bezirk sich weniger auf die Zucht von Jungvieh verlegt, sondern die Milchwirtschaft in erheblichem Maße betreibt, ist bei seiner Lage ja eine natürliche und ganz selbstverständliche Sache. Aber das muß ich auch sagen: die letzte Viehprämierung, die vor einigen Tagen dort stattgefunden hat, hat gezeigt, daß dort auch gutes Rassenvieh in nicht unerheblichem Umfange vertreten ist.

Zum Schluß möchte ich der Großh. Regierung noch einen Wunsch unterbreiten, der mir aus meinem Bezirk nahe gelegt ist. Er betrifft die Unterstützung der neulich in Schwefingen errichteten Ziegenzuchtgenossenschaft. Im Bezirk Schwefingen, der eine große Zahl von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben enthält (es sind 73 Proz. der landwirtschaftlichen Betriebe Kleinbetriebe, wenn man unter Kleinbetrieben diejenigen mit einer Anbaufläche unter 2 Hektar versteht) und in welchem viele Arbeiter wohnen, findet sich eine ganz erhebliche Ziegen-

Es sind insbesondere die kleinen Leute, Viehhändler, Industriearbeiter, die ein oder zwei Ziegen haben, und der Bezirk Schwellingen ist, glaube ich, derjenige, der von allen in Baden die meisten Ziegen hat. Es sind nach der letzten Viehzählung im Schwelinger Bezirk 5733 Ziegen. Während im Lande Baden durchschnittlich auf 10000 Einwohner 58 Ziegen kommen, so kommen im Bezirk Schwellingen auf die gleiche Zahl Einwohner 157 Ziegen. Man hat bis jetzt der Ziegenzucht im allgemeinen auch dort unten eine geringe Aufmerksamkeit nur gewidmet. Das Gesetz vom 12. Mai 1896 schreibt zwar die Anzahl der Zuchtböcke vor, aber es hat keinen Rörungszwang eingeführt, und es ist über die Qualität der Valtiere durchaus keine Bestimmung getroffen. Das bringt es mit sich, daß man dem einzelnen Ziegenhalter nur zur Auflage macht, in einem gewissen Zeitpunkt eine gewisse Anzahl Ziegenböcke zu stellen; wie sie aber aussehen, ist im allgemeinen gleichgültig gewesen. Daß da eine vernünftige Zucht nicht zustande kommen konnte, ist ohne weiteres klar. Nun haben sich eine Anzahl Herren zusammengefunden und haben sich dieser Sache angenommen, um eine Ziegenzuchtgenossenschaft ins Leben zu rufen, und es ist insbesondere dem Oberamtmann Dr. Baur Dank zu sagen für die Mühe, die er sich in dieser Sache gegeben hat, wie ich überhaupt sagen muß, daß es alle Anerkennung verdient, daß die Herren Oberamtmänner, wie man aus den Zeitungen erfieht, ist Sonntag für Sonntag draußen bei den landwirtschaftlichen Besprechungen sind; es wird das von den Landwirten auch gewürdigt. Ebenso hat der Bezirksleiter Dr. Schneider sich der Sache energisch angenommen. Es wurde eine Genossenschaft gegründet, der sofort 82 Mitglieder beigetreten sind. Man möchte nun eine Veredelung des dortigen Ziegenzuchtmaterials erzielen, daß man zunächst ausschließlich Zuchtböcke des weißen Schlages aus dem Saanental einführt, und die Rürung und Kontrolle der männlichen und weiblichen Tiere durchführt, reine Rassen züchtet und auch Buch führt nach Anweisung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft; daß man die Tiere kennzeichnet durch Marken, daß man die Besitzer über die zweckmäßige Haltung der Tiere und die Aufzucht der jungen Tiere belehrt, daß man Ausstellungen und Prämierung usw. später veranstaltet, und daß man eine genügende Kontrolle dieser Zuchtleistungen eben jederzeit eintreten läßt. Man sagt sich dort mit Recht, daß, wenn man die Menge der Milch, die eine Ziege im Laufe eines Jahres gibt, auf 500 Liter veranschlagt, die rund 5000 Ziegen, die heute im Bezirk sind, im Jahr eine Milch produzieren, die einen Wert von 300 000 M. hat. Wenn es nun gelingt, durch Verbesserung des Ziegenzuchtmaterials den Milchzehrtrag von 500 Liter auf vielleicht 800 Liter zu steigern — und das liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit und ist anderwärts erzielt worden — so würde der Mehrwert der Milch annähernd 200 000 M. ausmachen. Wenn Sie bedenken, daß das auf den kleinen Bezirk Schwellingen — der Amtsbezirk Schwellingen hat nur neun Orte — sich verteilt, dann werden Sie die Bedeutung einer rationellen Ziegenzucht sehr wohl schätzen. Es ist auch von dem Herrn Kollegen Müller schon darauf hingewiesen worden, und auch von anderen Herren, welche Vorteile die Ziegenmilch vor anderer Milch hat, insbesondere daß sie fast vollständig frei ist von Tuberkelbazillen. Man hat nun vor einiger Zeit Zuchtmaterial von auswärts eingeführt, insbesondere aus dem Hessischen, wo man schon seit Jahren ganz gute Ziegenzuchtgenossenschaften hat, die auch vorzügliche Resultate abwerfen. Ich möchte nur anführen, daß z. B. der Ziegenzuchtverein Pfungstadt im vorigen Jahre 16 500 M. lediglich aus dem Verkauf von Zuchtziegen und Böcken erzielt hat. Man hat von dort aus

Zuchttiere eingeführt, hat allerdings nicht so viel bekommen, als man hat haben wollen, und man will nun in den nächsten Tagen auf den Markt gehen, der in Zuzenhausen veranstaltet wird und eine Anzahl von Ziegen anschaffen. Nun handelt es sich, wie ich vorhin schon angeführt habe, dabei um kleine Leute, die die Ziegen halten, und da fällt es manchem schwer, die Ausgaben aufzubringen, welche eine solche Genossenschaft und ihre richtige Führung doch erfordert; und da möchte ich an die Großh. Regierung die Bitte richten, sie möge, wenn sie um finanzielle Beihilfe angegangen wird, in Berücksichtigung der hohen Wichtigkeit dieses Zweiges der Tierzucht insbesondere für den Bezirk Schwellingen, eine offene Hand haben und reichlich geben.

Abg. Geyert (Zentr.): Man wird dem Verlauf dieser Debatte das Zeugnis nicht absprechen können, daß sie in manchen Fragen zu einer wünschenswerten und, wie ich hoffe, nicht erfolglosen Klärung geführt hat und die gegenseitige gründliche Aussprache ihre guten Früchte tragen wird. Diese Ansicht habe ich namentlich von der Weiterentwicklung unserer landwirtschaftlichen Winter-schulen. Wenn der vielbesprochene Erlaß über die Verwendung zweiter Landwirtschaftslehrer an unseren zweifurigen Winter-schulen dazu beitragen wird, daß wir in einigen Landesgegenden, wo begründete Aussicht für das Gedeihen von zweifurigen Winter-schulen vorhanden ist, einen weiteren Ausbau dieser Schulen erreichen, dann ist nicht die befürchtete, sondern eine begrüßenswerte Wirkung dieses Erlasses zu verzeichnen. Das ist aber dem Herrn Minister zu verdanken, der zu einer ganz anderen Auslegung gekommen ist, als sie der Wortlaut zuläßt. Ich freue mich darüber im Interesse der Schulen selber, aber auch ganz besonders im Interesse der Söhne unseres Landes, die den Beruf der Landwirtschaftslehrer ergreifen und denen unter keinen Umständen die heimatische Tür verschlossen sein darf, wenn es sich um die Erlangung der Lehrbefähigung handelt, von der die Großh. Regierung selbst fordert, daß sie sich aufbaut und gründet auf die Gewohnheiten und Denkart unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Der Herr Abg. Neuwirth und mit ihm der Herr Kollege Otkircher ist zum Wunsch gekommen, einzelne unserer Fortbildungsschulen zu landwirtschaftlichen Bildungsschulen zu machen. Der Gedanke ist gewiß sehr sympathisch und begrüßenswert, weit mehr als derjenige, eine Mittelschule dieser Art zu gründen. Aber das notwendige Lehrermaterial für diesen Unterricht wird schwer zu beschaffen sein. Ich fürchte, nicht viele würden sich zu diesen Ferienkursen, die dafür vorgeschlagen wurden, einfinden, und wie der Großh. Oberschulrat sich zu dieser Frage stellt, ist mir auch nicht klar, nachdem ich jüngst bei der Beratung für das Unterrichtsbudget anlässlich der erweiterten Vorbildung für die Lehrer die Wiedereinführung der früheren praktischen Obstbaukurse vergeblich verlangt habe. Trotzdem bin ich der Meinung, daß man im Fortbildungs-Unterricht mehr Landwirtschaftskunde und die Anschließung des Unterrichtsstoffes an die ländlichen Verhältnisse, das Kredit- und Steuerwesen, den Geschäftsverkehr, das Verhalten beim Verkauf der Produkte, Buchführung betreiben kann. Gar zu oft findet man leider im Geschäftsverkehr unsere Landwirte zu wenig gewappnet gegen etwaige Uebervorteilung. Dort ist der rechte Nutzen dieses Unterrichts erkennbar, wenn er im Anschluß an die Vorgänge im täglichen Leben fürs Leben vorbereitet. Ich bin zufrieden, wenn unsere Lehrer auf dem Land das beachten und in unseren wirtschaftlichen Vereinigungen, wie sie dies jetzt schon tun, wirken. Da empfangen sie auch Anregung für den wirtschaftlichen Teil

des Fortbildungsunterrichts; ein geschickter Lehrer wird das zu vermehren verstehen.

Ich schließe mich dem warmen Lob, das unseren Lehrern gesendet worden ist für ihre Mitarbeit in den Vereinen, die dem Wohl der Landwirtschaft dienen, voll auf an. Die Gerechtigkeit und Billigkeit verlangt es aber auch, wenn von Fortschritten der ländlichen Verhältnisse die Rede ist, daß wir die volkswirtschaftliche Mitarbeit der Geistlichen beider Konfessionen nicht vergessen. Auch von ihnen sind viele auf dem wirtschaftlichen Gebiet hervorragend, führend, anregend in den Vereinen tätig, an der Arbeit nicht nur für die geistigen Interessen, sondern auch werktätigen Sinnes für die leiblichen, wirtschaftlichen Nöte des Volkes. Und die anspruchslose, oft geradezu bewundernswerte genügsame Verbeischeidung des Landvolkes, ausgefüllt den niederdrückenden rauhen Wechselfällen des Lebens, hat sie nicht den letzten Grund in dem religiösen Sinn und der Gläubigkeit unseres Bauernvolkes, an deren Erhaltung und Belebung diese Männer ein so großes Verdienst haben? Ehre und Dank darum auch ihnen!

Von den Vereinen sprechend, möchte ich auch als Obstzüchter ein warmes Wort finden für den Bienenzuchtverein. Ich wünsche Schutz für den echten Bienenhonig, Unterstützung für die Bestrebungen dieses Vereins. Wenn es jetzt in den herrlichen blühenden Baumkronen so angenehm für unser Ohr summt und schwirrt, so sind es die fleißigen Bienen, die befruchtend von Blüte zu Blüte fliegen.

Schutz möchte ich auch verlangen für unsere nützlichen Vögel. Immer schwieriger und für den Landwirt auch kostspieliger wird der Kampf gegen die überhand nehmende schädliche Insektenwelt. Der Schutz der Vögel tut dringend not in bezug auf natürliche Nistgelegenheit, die die künstliche nicht zu ersetzen vermag. Darum möchte ich die Großh. Regierung eindringlich bitten, sorgen Sie, daß durch einen Erlass der Bezirksämter an die Gemeinden nicht alles Gestrüpp, Hecken, Sträucher an Rainen und passenden anderen Orten verschwindet; schützen Sie unsere kleinen Mithelfer; zu einem gedeihlichen Obstbau und Pflanzenbau müssen wir sie dringend haben.

In den Gartenbauvereinen ist etwas Erregung darüber entstanden, daß die Großh. Regierung diesen Vereinen nicht wie bisher den Beitrag von 15 000 Mark zur unumschränkten Verwendung überträgt, sondern daß man für solche Unterstützungen jetzt besondere Nachweise verlangt, ebenso wie das bei den Obstbauvereinen der Fall ist. Ich will im Prinzip dem nicht widersprechen, ich möchte aber doch diesen befreundeten Vereinen gegenüber die Großh. Regierung bitten, daß sie bei diesen getrennten Unterstützungen nicht etwa auf eine Summe kommt, die weniger beträgt als der bisherige Beitrag. Man wird anerkennen müssen, daß diese Vereine sehr große Verdienste haben auf dem Gebiete des Gemüsebaues und einer rentablen Gartenkultur, und ich möchte recht sehr wünschen, daß dieser Verein in seiner Tätigkeit nicht beengt wird.

Das vergangene Jahr war auch verhängnisvoll für manche Landwirte, ein Jahr reich an Ungewitter und Hagelschaden. Seit einem Jahrzehnt, von 1896 an bis 1906, ist noch nie ein so großes Unglücksjahr für einzelne Landbestände dagewesen mit einem Gesamthagelschaden von 7 223 604 M. Nur im Jahr 1897 sind wir einmal auf 4 173 393 gekommen, sonst aber immer mit einem Schaden von unter 2 Millionen weggekommen. Das hat einzelne Landesgegenden sehr stark getroffen. Die Vernichtung von nichtversicherten Handelsgewächsen, Tabak, Wein, Hopfen, Hanf und Flachs beziffert sich auf 4 446 497 M. Man darf annehmen daß nur ein ganz kleiner Teil obiger Summe durch genommene Versicherung

gedeckt gewesen ist. Die Prämie für Handelsgewächse, besonders Wein und Tabak, ist viel zu teuer, als daß unsere Landwirte sich gegen Hagelschaden in diesen Gewächsen decken könnten. Die Beihilfen, welche auf dem Landtag 1899/1900 in einem Antrag fast sämtlicher Parteien verlangt wurden, hat die Regierung damals abgelehnt. Aber das verfloßene Jahr zeigt eindringlich, wie notwendig und gut angelegt solche Beihilfen wären. Möge doch die Großh. Regierung bei der Sanierung des Hagelversicherungsfonds, über dessen Einziehung ich um Aufschluß bitte, diesem Gedanken eine ernsthafte Erwägung zuteil werden lassen!

Ich will Sie nicht ermüden mit den Zahlen über die Versicherungsnahme unserer Landwirte gegen Hagelschlag. Bei der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft, mit der wir staatlich im Vertragsverhältnis stehen, ist die Versicherungssumme wiederum gemachsen von 34 585 967 M. auf 35 771 619 M. Die Nettoentschädigungssumme hat 421 797 M. betragen, wozu noch Verwaltungskosten in Höhe von 89 429 M. kommen. Die erforderliche Nachschußprämie erreichte die ungewöhnliche Höhe von 178 Proz. und betrug für unsere Staatskasse 510 090 M. Wenn trotzdem für Baden bei einer Einzahlung für Vorprämie und Reservefond von

315 224 M.	
und 178 Proz. Nachschuß	510 090
	zusammen 825 314 M.

eine Rückzahlung von 235 628 M. erfolgte, so beruht dies auf der Vereinbarung, daß in den Jahren, in welchen das badische Geschäft günstiger ist als das übrige deutsche,  $\frac{1}{4}$  des Minderbedarfs an die badische Staatskasse zurückzuzahlen ist. Die Einziehung unseres Hagelversicherungsfonds wird aber immerhin einige hundert tausend Mark betragen. Es ist wohl unabweisbar, an die Aufbesserung des Hagelversicherungsfonds heranzutreten. Die Regierung will es dergestalt tun, daß statt der bisherigen 20 Prozent der Vorprämien als Beitrag der Versicherten zum staatlichen Hagelversicherungsfond künftig 40 Prozent erhoben werden sollen, wovon 10 Prozent bislang die Kreise getragen haben. Da nun an und für sich die verhängnisvollen mit der Erhöhung der Vorprämien zu rechnen haben werden, so würde dies die ohnehin heimgesuchten Landwirte dieser Bezirke doppelt schwer treffen, und bitte ich es bei den seitherigen Beiträgen zu belassen und den Fond aus Staatsmitteln auf die frühere Höhe zu bringen.

Ueber die erschöpfend behandelte Weinfrage nur einige wenige Worte: das Weingesetz vom Jahr 1901, ein Kompromißwerk, das den verschiedensten Interessen, die sich oft wie Feuer und Wasser scheiden, gerecht werden sollte, trägt ein Merkmal an der Stirne, das uns unzweideutig darauf hinweist, daß ein ausreichender Schutz des Naturweines, wenn die Kellertontrolle, an die wir uns jetzt als letztes Rettungsmittel anklammern, versagt, von ihm nicht zu erhoffen ist. Gemeinhin kennt dieses Gesetz nur den Begriff Wein, unter dem auch gezuckerte, vermehrte Weine zu verstehen sind. Nur § 4 des Gesetzes kommt zu dem Verbot, daß solche Weine nicht als Naturweine verkauft werden dürfen. Das ist nur ein indirekter Schutz des Naturweines, den allerdings das Publikum für sich auf dem Weg der Selbsthilfe in Anspruch nehmen kann, dadurch, daß es ausdrücklich Naturweine beim Händler, Winzer, Wirt und Kaufmann verlangt. Leider viel zu wenig wird von diesem Gesetzeschutz, wie bereits im Verlauf der Debatte erwähnt worden ist, Gebrauch gemacht; das weintrinkende Publikum könnte sehr wirksam mithelfen, die beklagenswerten Zustände zu bessern. Erstens aber ist es bei uns gang und gäbe, unter dem guten, altgewohnten Namen „Wein“ den Naturwein zu verstehen, zweitens liegt aber auch ein unlösbarer Widerspruch vor, wenn die Konsumenten bei

einer Bevorzugung der gefüllten Weine garnichts darnach fragen, daß ein solcher Wein nach dem bezahlten Preis von Natur aus diesen Zuckerstoff nicht haben kann. Der Ruf und das Verlangen nach Naturwein ist allgemein, aber ebenso allgemein die Abneigung gegen die Säure, welche in einem Naturwein je nach Lage und Jahrgang nun einmal vorhanden ist. Dadurch ist eine totale Irreleitung in der Geschmacksrichtung eingetreten, gegen die wir ankämpfen müssen. Ob wir sie aber überwinden können, ist eine andere Frage. Von dieser abwärts gekommenen Geschmacksrichtung sind leider auch unsere besten Originalgewächse Affenthaler, Cleverner, Klingelberger, die feineren Marktgräser und Kaiserföhler Weine schwer geschädigt. Ewig schade darum, daß das Kostbare an diesen Weinen, Eigenschaften, die den Preis erhöhen und nicht genug zu schätzen sind, so frevelhaft preisgegeben worden ist. Gezüchtete und verschnittene Weine treten an diese Stelle, und es wundert einem nicht, daß es mit den früheren Preisen dieser Sorten für den Rebbaupreis vorbei ist und er trostlos in die Zukunft sieht. Den Klagen ist bereiter und berechtigter Ausdruck verliehen worden. Werden die Verhältnisse jemals wieder so werden, daß unseren Rebbaupreis ihr Auskommen gesichert ist? Sind die Verhältnisse nicht schon zu weit gebiegen? In unserer Gegend ist der Gedanke mit dem Auswecheln der Reben in anderen Kulturen schon vielfach in die Tat umgesetzt und leider, so sehr ich auch für den Obstbau eingenommen bin, auch erstklassiges Rebland zum Obstbau in Verwendung genommen, so daß Schranken dagegen in einer bezirksamtlichen, selbstpolizeilichen Verfügung notwendig geworden sind. Auf die Kellerkontrolle, ihre reichseinheitliche Gestaltung und Handhabung setzen unsere Rebbaupreis ihre letzte Hoffnung. Versagt auch diese, dann kann nur ein abgeändertes Gesetz mit Deklarationszwang, mit vorgeschriebenen Grenzen für den Zuckerwasserzusatz, zeitlicher Beschränkung desselben und Verbot des für unseren Rotweinsbau äußerst verderblichen Verschnitts von Rotwein zu Weißwein noch die ersuchte Hilfe bringen.

Ich käme jetzt zum Obstbau. Es sind ja verhältnismäßig kurze Ausführungen bisher dazu gemacht worden, und ich würde es wirklich als eine Lücke im Rahmen dieser landwirtschaftlichen Debatte betrachten, wenn nicht diesem Zweige der Landwirtschaft, dessen Wert bei einem Baumbestand von etwa 10 bis 12 Millionen und bei einer jährlichen Zunahme des Bestandes von etwa 3 bis 500 000 Bäumen sich nach Millionen beziffert, auch einige eingehende Ausführungen gewidmet würden.

Es muß anerkannt werden, daß eine große Wiederbelebung des Interesses für unseren Obstbau in allen Landesteilen ohne Unterschied wahrzunehmen ist. Die Aufklärung, die in so vielen Versammlungen geboten worden ist, nicht allein in den jetzt zahlreich bestehenden Obstbauvereinen, sondern auch von den Organen der Großh. Regierung, hat gute Früchte getragen, nicht allein quantitativ in der Vermehrung unserer Obstanzpflanzungen, sondern namentlich, worauf ich das Hauptgewicht lege, qualitativ in einer verbesserten und rationellen Baumpflege, in der so notwendigen Sortenvereinfachung und in dem engen Anschluß unseres Obstbaues bezüglich des Absatzes an die Märkte und die Verkaufsverhältnisse.

Wir stehen in einem Konkurrenzkampf, der sich allerdings ganz still unter den verschiedenen deutschen Bundesstaaten abspielt, bei dem es sich darum handelt, welcher unserer deutschen Staaten dazu gelangen wird, einen möglichst großen Anteil an der Verfehlung des deutschen Marktes mit deutschem Obst zu erlangen. Und ich denke, das mit Obstbäumen dichtest besiedelte Land, das Baden geworden ist, weist uns darauf hin, daß wir einen möglichst ehrenvollen Platz bei diesem Konkurrenzkampf zu erringen suchen. Noch gehen 25 bis 30 Millionen Mark

für frisches Obst jährlich ins Ausland. Diese Zahl wird noch überschritten von dem Wert des gedörrten und gedämpften Obstes, und der Südfrüchte, die das Ausland uns auf den Markt schicken. Bei einer Bevölkerungszunahme von  $\frac{1}{4}$  Millionen in Deutschland, bei dem Anreiz, den der Obstzüchter auf den Obstkonsumenten dadurch auszuüben vermag, daß er dem Publikum recht gut sortiertes Obst anbietet, bei der Wohlthat des Schutzzolles, der allerdings nur periodisch eintritt und nicht so bedeutend ist, namentlich in bezug auf verpacktes Tafelobst, wird man zugeben müssen, daß alle diese Ausichten als günstig für den Obstbau bezeichnet werden können. Trotzdem gebe ich mich keinem Zweifel darüber hin, daß wir vor einer sehr schweren Aufgabe halten. Noch viel zu wenig hat man es verstanden, das Beispiel der Böhmergegend in andere Landesteile zu übertragen. Trotz geringer Ernte haben wir bei einem Versand von 59 000 Zentnern eine Einnahme von 900 000 M. gehabt, und ich zweifle gar nicht daran, daß wir bei weiterer Anpflanzung und gutem Jahrgang, guten Absatz vorausgesetzt, noch zu einer Einnahme von mindestens 2 Millionen Mark kommen werden. Aber der Großhandel verlangt nach einzelnen Sorten und von diesen müssen bedeutende Mengen in diesen Gegenden vertreten sein. Ebenso gut wie Böhln durch sein Steinobst berühmt geworden ist, könnte die Bodenseegegend und das Unterland durch Kernobst, der Kaiserstuhl durch seine Kirichen und andere Gegenden in speziellen Sorten tonangebend sein. Ich bin überzeugt, diese betreffenden Gegenden hätten einen großen Vorteil, wenn man es verfehen wollte, sich auf einige Sorten zu beschränken. Vor allem ist eine einheitliche Zusammenfassung aller der Kräfte, die für den Obstbau mitwirken, in einer Organisation, nötig. So wie die Regierung vorgegangen ist, um eine Einheitlichkeit in der Geflügelzucht zu stande zu bringen, ebenso würden wir ferner wünschen, daß man auch von der Regierung eine Einheitlichkeit in unseren Obstbau bringt.

Wenn man seine Kräfte messen will, um zu erkennen, auf welcher Höhe man hält, so darf man auch einen Seitenblick auf andere Staaten werfen. Ich tue das gewiß nicht auf Kosten der Anerkennung und des Dankes, den wir der Regierung schuldig sind für alles das, was sie bisher auf dem Gebiet des Obstbaues getan hat. Vornehmlich ist es Bayern, welches in den letzten Jahren große Anstrengungen und Mittel aufgewendet hat, um mit dem Obstbau vorwärts zu kommen. Dort ist ein staatlicher Obstbaukonsulent angestellt, der seinen Sitz im Ministerium hat; an dieser Stelle laufen alle Fäden zusammen, die sich auf den Obstbau beziehen, und von dort aus wird auch auf Einheitlichkeit in den Sorten und in der Anpflanzung gesehen und in allen Maßnahmen hingewirkt. Bayern, das eine Einwohnerzahl hat etwa doppelt so groß wie Baden, hat 10 Wanderlehrer für Obstbau im Hauptamt, 6 Kreiswanderlehrer für Obstbau im Nebenamt und etwa 800 bis 100 Distrikt- und Gemeindebaumwärter. Bayern verwendet etwa 20 000 M. neben vier bestehenden Fachschulen, Weihenstephan, Veitshöchheim, Schönau, Neustadt, 7000 M. für den Gehalt dieser staatlichen Konsulenten und für seine Reisegelder. Die Kreiswanderlehrer werden von den Kreisregierungen bezahlt und der Erwerb auf die Dauer im stande sein, unsern Platz in der Obstanzpflanzung von 1901 bis 1904 um 2 Millionen Obstbäume zugenommen hat. Nun wird es sich bei einer Gegenüberstellung von Bayern und Baden fragen: werden wir auf die Dauer im stande sein, unsern Platz in der Obstkultur zu behalten, wenn wir nicht auch diejenigen Kräfte vermehren, die jetzt angesichts dieses allgemeinen wiedererwachenden Interesses für den Obstbau und den starkvermehrten Anpflanzungen notwendig sind? In Baden gibt es zwei Obstbaulehrer und einen Reb- u. Baumwart. Ich glaube doch, daß ich dem Herrn Berichterstatter zu

stimmen und ihm meinen Dank aussprechen muß dafür, daß er der weiteren Anstellung eines Obstbaulehrers das Wort geredet hat. Nur möchte ich seinen Sitz nicht im Unterland wissen, ich möchte ihn in Bühl domiziliert haben u. zwar deshalb, weil in Bühl ein solch großer Obstverkauf stattfindet, weil dort für ihn Gelegenheit geboten ist, Anlehnung und Ueberlicht zu gewinnen für die Markt- und die Absatzverhältnisse, für die Sorten, die im Handel verlangt werden, in der Zentrale Bühl, die wir im Jahre 1902 als Bindeglied zwischen den Konsumenten und Produzenten gegründet haben, eine Einrichtung, die schon sehr segensreiche Früchte getragen hat. Unser badischer Obstbauverein ist überhaupt nicht mehr im Stande, allen den Anforderungen nachzukommen, die an ihn in bezug auf die Abhaltung von Obstbau-, Obstwertungsver-, Obstfortierungs-, Obsterte- u. Obstverpackungskurse gestellt werden. Der Verein hat im vergangenen Jahre 69 Tage mit 1100 Teilnehmern darauf verwendet, um sogenannte Wanderkurse zu veranstalten.

Bei der jetzigen Deutenot ist es ganz ausgeschlossen, von unseren Landwirten zu verlangen, von zu Haus auf längere Zeit abkömmlich zu sein, um die Obstbaukurse in Augustenberg oder auf der Hochburg mitzumachen.

Wir müssen selbst hinaus aufs Land und sozusagen dem Landwirt vor seiner eigenen Tür, in seinem eigenen Garten in diesen Wanderkursen zeigen, wie der Obstbaum beschnitten, das Obst geerntet, verpackt und sortiert werden muß. Das ist eine Hauptsache, daß das ein Gemeingut wird für unsere Obstzüchter. Die Hauptanstände ergeben sich noch daraus, daß wir noch nicht weit genug vorangeschritten sind in vollkommen einwandfreier Verpackung, Sortierung und Ernte. Unser Absatz muß nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet werden, und wir müssen namentlich auch darauf sehen, daß wir in den großen Städten die dort beliebten Obstmärkte einführen. Karlsruhe hat ja von unserem Verein aus einen Obstmarkt gehabt vor zwei Jahren, 1904, und wenn dieser Markt nicht im Stande gewesen ist, alle Wünsche und Erwartungen zu befriedigen, so muß man doch auch zugeben, daß es ein Versuch gewesen ist, mit dem eine Art Ausstellung kombiniert war, und daß besonders auch durch den ganz unerwarteten Andrang des Publikums nicht möglich gewesen ist, die vorgesehene Organisation für den Markt durchzuführen. Die Lehre, die man dort durchgemacht hat, wird gewiß eine Verwertung finden auf den Märkten, die jetzt Karlsruhe als eine regelmäßige Veranstaltung sich vorgenommen hat. Aber auch Mannheim wird im Anschluß an seine große Ausstellung im Jahre 1907 einen derartigen Obstmarkt nach den Versicherungen, die der Vorsitzende der Ausstellung, Bürgermeister Ritter, bei einer Sachverständigenausprache, der auch ich anwohnte, gegeben hat, einführen und ihn ständig unterhalten.

Von dem Obstmarkt in Karlsruhe haben sehr viele unserer Obstzüchter wertvolle Verbindungen erhalten, die weiter geführt werden und die auch dauernd aufrecht erhalten werden können, wenn die richtige Bedienung eingehalten wird. Ich war sehr erstaunt, damals bei dieser Aussprache in Mannheim von dem Herrn Bürgermeister Ritter zu hören, daß dort auch die betrieblende Erscheinung wahrzunehmen ist, daß die kleinen Leute vielfach noch gar nicht des Obstgenusses teilhaftig werden, weil unser Obst auf den Märkten viel zu teuer ist. Das muß das ideale Ziel des badischen Obstbaues sein, daß wir auch ein soziales Augenmerk darauf haben, daß der Obstgenuß in den breiten Schichten des Volkes verbreitet wird, der Obstgenuß, der von den Ärzten als gesundheitsbeförderlich so sehr in den Vordergrund geschoben wird.

Und auch ein Export ist für unser Obst nicht

aussichtslos. Da ist es namentlich England, welches schon jetzt ganz bedeutende Mengen von Zwetschgen, Steinobst aufnimmt, und auf der letzten Generalversammlung des deutschen Pomologenvereins in Frankfurt, wo auch der landwirtschaftliche Sachverständige der deutschen Botschaft in England anwesend gewesen ist, hat dieser deutsche Obstzüchter Mut gemacht, es auch mit einem Export von Steinobst nach England zu versuchen. England hat schon im Jahre 1903 für 16 348 000 M. deutsches Obst auf seinen Markt aufgenommen, darunter allein Zwetschgen mit 4 300 000, anderes Steinobst mit 1 600 000 und Beerenobst mit 448 000 M. Das Reich hat eine besondere Beihilfe im Betrag von 15 000 M. gewährt zur Förderung des deutschen Obstabsatzes, zur Verforgung des deutschen Marktes mit deutschem Obst und auch für bessere Absatzmöglichkeiten; wir in unserem badischen Obstbauverein wollen unter Zuhilfenahme von Mitteln aus dieser Reichsbeihilfe einen Export mit unsern Steinobstfrüchten auf den englischen Markt wagen. Wir wollen dabei feststellen, ob dorthin eine dauernde Absatzquelle geschaffen werden kann und wollen auch zu einer Erfundung der Transport- und Marktverhältnisse dabei schreiten. Alles in allem genommen darf ich wohl sagen, der Obstbau ist ein aussichtsreicher Zweig für unsere badischen Landwirte. Möchte es doch dahin kommen, daß zu dem Ehrentitel, den unser Land hat, der Garten Deutschland genannt zu werden, noch ein weiterer hinzukommt, der heißt: Baden die Obstkammer Deutschlands! (Bravo!)

Geh. Oberregierungsrat Rebe: Ich bin genötigt, noch kurz auf einige Anregungen einzugehen, die gestern in der Abend Sitzung der Herr Abg. Schofer vorgebracht hat.

Er hat zunächst die Gewährung einer Staatsunterstützung für die Winzergenossenschaft in Badstein befürwortet. Ein diesbezügliches Gesuch liegt der Großh. Regierung bereits vor und dasselbe wird nach Maßgabe der Grundsätze berücksichtigt werden, die ähnlichen Genossenschaften gegenüber seither eingehalten worden sind.

Dagegen ist ein Gesuch um Staatshilfe für ein in Tauberbischofsheim zu errichtendes Getreide-Lagerhaus bis jetzt nicht vorgelegt worden. Wenn ein solches eintommen sollte, wird dasselbe einer sachlichen Prüfung unterzogen werden und je nach dem Bedürfnis ebenfalls eine staatliche Unterstützung eintreten. Ich möchte aber in dieser Beziehung bemerken, daß die Großh. Regierung durchaus der Ansicht zustimmt, die der Abg. Säger heute ausgesprochen hat, daß auf diesem Gebiet jetzt einige Vorsicht und Zurückhaltung angezeigt erscheint, und zwar mit Rücksicht auf das große finanzielle Risiko, das mit derartigen Unternehmungen verbunden ist, und namentlich auch im Hinblick auf die nicht gerade günstigen Erfahrungen, die in anderen Staaten mit demselben gemacht worden sind. Die Großh. Regierung erachtet es für geboten, nun einmal zunächst die Entwicklung der bestehenden Einrichtungen abzuwarten und mit weiteren Gründungen erst dann vorzugehen, wenn sich gezeigt hat, daß diese Einrichtungen sich bewährt haben, daß sie lebensfähig sind.

Der Herr Abg. Schofer hat dann auch noch die Gewährung einer Staatsunterstützung für eine Jungviehweide im Bezirk Tauberbischofsheim befürwortet. Auch hierwegen liegt noch kein Gesuch dem Ministerium vor; allein bei der Wichtigkeit, die dem Weidegang der Tiere für die Aufzucht zukommt, unterstützt das Ministerium derartige Bestrebungen gern und begrüßt jede Vermehrung der Jungviehweiden und der Viehtummelplätze.

Der Herr Abg. Schofer hat dann noch sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die zweite Prämierung

station für die staatliche Prämierung im Bezirk Tauberbischofsheim aufgehoben worden sei. Wir sind genötigt gewesen, im laufenden Jahre einige Stationen aufzuheben, für welche ein Bedürfnis nicht mehr anerkannt werden kann, weil die zugetriebenen Tiere nach Zahl und Qualität zurückgegangen waren, und somit einer der Hauptzwecke dieser Prämierung, die Vorführung einer schönen Zucht zur Belehrung der Viehzucht treibenden Kreise und zu ihrer Aneiferung, beeinträchtigt worden ist. Auch kam in Betracht, daß diese zweiten Prämierungsstationen zum Teil mit unverhältnismäßigen Kosten verknüpft waren. Es handelt sich aber hier nicht um definitive Maßnahmen. Wenn sich aus der Aufhebung einzelner dieser Stationen Unzuträglichkeiten ergeben sollten, so kann für das nächste Jahr wiederum die Errichtung einer zweiten Prämierungsstation in Erwägung gezogen werden.

Der Herr Abg. Reiff hat seine Wahrnehmungen bei einem Besuch der landwirtschaftlichen Lehranstalt Augustenberg uns geschildert, die ja im allgemeinen erfreulicher Natur waren; er hat nur vermißt, daß dort nicht Veredelungsversuche mit ausländischen Reben gemacht werden. Dies ist aber nicht die Aufgabe der landwirtschaftlichen Lehranstalt, sondern der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt, welcher diese Tätigkeit bereits im Jahre 1901 zugewiesen worden ist. Die landwirtschaftliche Versuchsanstalt nimmt derartige Rebeveredelungsversuche und zwar speziell auf amerikanischer, also reblausfester Unterlage in umfassender Weise vor, und es ist ja eigens hierzu vor einigen Jahren ein größerer Geländekomplex am Turmberg erworben worden.

Der Herr Abg. Reiff hat dann noch die Schweinefällungen auf Augustenberg als unzulänglich geschildert. Es ist zuzugeben, daß da gewisse Mängel bestehen. Vielleicht ist Abhilfe möglich, wenn die Versuchsanstalt fertiggestellt sein wird; es werden dann möglicherweise Räumlichkeiten frei, die sich mit geringem Kostenaufwand zu Schweinefällungen umbauen lassen.

Dann hat der Herr Abg. Schmund Auskunft über die seitherige Tätigkeit unseres Weinkontrolleurs gewünscht; ich bin nun in der Lage, Ihnen aus einem mir vorliegenden Berichte des Weinkontrolleurs hierüber in Kürze einige Mitteilungen zu machen.

Unser Weinkontrollleur ist am 1. Juni 1905 in Dienst getreten, und er hat in der Zeit vom 1. Juli 1905 bis zum 31. Dezember in 23 Bezirken Revisionen vorgenommen. (Nedner gibt eine Uebersicht über die vom Weinkontrollleur in den einzelnen Bezirken des Landes vorgenommenen Revisionen, woraus sich ergibt, daß im ganzen 161 Revisionen stattfanden, und fährt dann fort): Es sind außerdem im Jahre 1905 Revisionen vorgenommen worden durch den Vorstand der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt und seine Assistenten im ganzen 63, durch die Großh. Lebensmittelprüfungsstation 80, so daß sich für das Jahr 1905 eine Gesamtsumme an Revisionen von 304 ergibt.

Der Weinkontrollleur hat nach seinem Bericht in 18 Fällen Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet; und zwar handelte es sich hierbei in der großen Mehrzahl der Fälle um erhebliche Ueberschreitungen. Einige dieser Fälle haben mit gerichtlicher Verurteilung der Beschuldigten geendigt, in einigen erfolgte Einstellung des Verfahrens, während die Mehrzahl der Fälle zur Zeit der Erstattung des Berichtes noch nicht erledigt war.

Es ergibt sich aus diesen Zusammenstellungen, daß bereits im ersten Jahre der Anstellung des Kontrolleurs eine umfassende und zwar auf fast alle Teile des Landes sich erstreckende Kontrolltätigkeit stattgefunden hat.

Der Herr Abg. Schmund hat dann noch auf den Schaden und die Belästigungen hingewiesen, die hier und da durch wandernde Schafherden hervorgerufen werden. Es sind, wie der Herr Abgeordnete richtig angenommen hat, in

dieser Beziehung bereits Bestimmungen erlassen worden und zwar ist im Jahre 1884, auf Grund häufiger Beschwerden, eine Verordnung des Ministeriums vom 3. Oktober 1884 ergangen, welche unter anderem bestimmt, daß die Zahl der Schafe einer solchen Wandererschafherde nicht über 200 Stück betragen darf, und daß der Führer der Herde mit einer Wanderurkunde versehen sein muß, welche den Namen des Eigentümers und des Schäfers, die Zahl der Schafe, die Marschrichtung der Herde usw. angibt, und sonach ein geeignetes Mittel für die Kontrollierung einer solchen Herde liefert. Es ist anzunehmen, daß bei entsprechender Handhabung der Verordnung im allgemeinen Unzuträglichkeiten ausbleiben; es wäre aber nicht ausgeschlossen, daß diese Verordnung einigermaßen in Vergessenheit geraten ist und die Großh. Regierung ist daher bereit, dieselbe wieder in Erinnerung zu bringen.

Der Herr Abg. Sängler hat heute eines von der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt an den Konsumvereinsverband und an den Bauernverein gerichteten Schreibens gedacht, worin es sich um die Kosten der Düngerkontrollanalysen handelt. Die landwirtschaftliche Versuchsanstalt hat uns vor einigen Monaten berichtet, daß die starke Zunahme der Analysen sie nötige, eine Aenderung bezüglich der Unentgeltlichkeit dieser Analysen, und zwar wenigstens für diejenigen Fälle zu beantragen, wo die Lieferanten vertragsmäßig zur Tragung der Analysekosten verpflichtet sind, ohne daß eine Steigerung des Preises eintritt. Die Versuchsanstalt hat dabei bemerkt, daß die größeren Verbände voraussichtlich einer solchen Aenderung nicht widerstreben würden. Wir haben daraufhin die Versuchsanstalt beauftragt, sich in diesem Sinne mit den genannten Verbänden ins Benehmen zu setzen; das Ergebnis dieser Verhandlungen ist uns aber bis jetzt noch mitgeteilt worden. Es liegt also eine definitive Anordnung noch nicht vor.

Gegenüber der Anregung des Herrn Abg. Sängler, die Prämien bei der staatlichen Prämierung zu erhöhen, möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß kürzlich ein anderer Nedner deren Ermäßigung beantragt hat. Es ist richtig, daß die Prämien für weibliche Tiere neuerlich niedriger sind wie früher: sie betragen nur noch 30 M.; allein es ist zugleich bestimmt, daß dieselben drei Jahre hintereinander gegeben werden können. Das ergibt eine Summe von 90 M. — während früher die höchste Prämie 75 M. war, so daß also eine Erhöhung eingetreten ist. Diese Bestimmung ist getroffen worden, einerseits, um dem raschen Verkauf schöner Zuchttiere entgegenzuwirken; zum andern aber auch, um zur Zucht anzueifern. Es ist nämlich jetzt Vorschrift, daß bei der Prämierung die Nachzucht jeweils mit vorzuführen ist.

Die Verdienste des Konsumvereinsverbandes um die Hebung des Tabakbaues und die Absatzverhältnisse werden von der Großh. Regierung rickhaltlos anerkannt, insbesondere auch, soweit diese Bestrebungen darauf gerichtet sind, eine bessere Bewertung der Qualität des Tabaks herbeizuführen. Die Großh. Regierung möchte bei dieser Gelegenheit auch den Tabakfirmen, die sich zur Abnahme der Tabake der Tabakbauvereine bereit erklärt haben, ihre Anerkennung aussprechen — und ebenso der Firma Landfried für die fortgesetzten Bemühungen um die Hebung des Tabakbaues. Die Regierung wird gerne eine Erhöhung der staatlichen Beihilfe eintreten lassen, soweit sich diese als nötig erweist und der Stand der Mittel es gestattet.

Den vom Herrn Abg. Nbrig erörterten Bestrebungen der Ziegenzuchtgenossenschaft im Bezirk Schweningen steht die Großh. Regierung freundlich gegenüber und hat bereits eine Unterstützung für dieselbe zugesagt. Was die Frage der Föderung der Ziegenböcke anbelangt, so ist allerdings eine solche gesetzlich nicht vor-

geschrieben; es müssen aber die Ziegenböde bei der Farenschau der Farenschaukommission vorgeführt werden, und bei dieser Gelegenheit können zuchtuntaugliche oder sonst schlecht vereinschafte Tiere ausgeschlossen werden, soweit die Gemeindebuchhaltung eingeführt ist.

Ich komme noch kurz zu einigen Bemerkungen des Herrn Abg. Geppert. Was zunächst nochmals die Frage der Unterstützung der Gartenbauvereine anbelangt, so möchte ich bemerken, daß die Anordnung, wonach dem Verbands dieser Vereine aus der Staatskasse nicht mehr eine bestimmte einmalige Summe gewährt, sondern Unterstützungen zur Förderung einzelner bestimmter und namhafter Vereinzwecke gegeben werden, nicht neu ist, sondern daß dieses Verfahren schon seit einigen Jahren, und zwar nicht nur dem Gartenbauverein gegenüber, sondern gegenüber allen Vereinen, durchgeführt wird, welche auf staatliche Unterstützung Anspruch erheben. Auf die Höhe des Beitrages hat diese Anordnung gar keinen Einfluß.

Auf die Frage der S a g e l v e r s i c h e r u n g will ich heute nicht näher eingehen, da ich die Mitteilung machen kann, daß dem Landtag voraussichtlich noch ein Gesetzentwurf über diese Materie vorgelegt werden wird. Diefem Gesetzentwurf wird auch das zahlenmäßige Material über die von dem Herrn Abg. Geppert bezeichneten Punkte beigegeben werden.

Was nun zum Schluß die interessanten Ausführungen des Herrn Abg. Geppert über den O b s t b a u anbelangt, so würdigt auch die Großh. Regierung selbstverständlich die hohe Bedeutung des Obstbaues für unser Land und speziell für unsere Landwirtschaft, und sie ist ebenfalls der Ansicht, daß der Obstbau noch einer großen Steigerung in unserem Lande fähig ist. Der Herr Abg. Geppert hat nun zwar die Tätigkeit der Großh. Regierung auf diesem Gebiete lobend anerkannt, er hat ihr aber die Leistungen anderer Staaten gegenübergestellt und zwar besonders die Leistungen von Bayern und dies nicht gerade zu unseren Gunsten. Ich muß nun aber doch bemerken, daß von seiten des Staates in der Obstbaupflege bisher durchaus nichts vernachlässigt worden, ja daß eigentlich ziemlich allgemein anerkannt wird, daß bei uns in Baden in dieser Beziehung geradezu außerordentlich viel geschieht. Was zunächst die Lehr- tätigkeit anbelangt, so sind bei uns drei Obstbautechniker angestellt, die ihre gesamte Zeit und Kraft dem Obstbau widmen und berart im Lande verteilt sind, daß der eine seinen Sitz im Oberland, der andere im Mittelland und der dritte im Unterland hat. Es kommen aber noch weitere unsere Landwirtschaftslehrer in Betracht, die ebenfalls hervorragend für den Obstbau tätig sind und namentlich häufig zu Wandervorträgen über Obstbau herangezogen werden, und welche die ständigen sachverständigen Berater der Obstbau treibenden Bevölkerung und der Behörden geworden sind. Rechnet man hinzu, was seitens der Kreise und der einzelnen Vereine im Interesse des Obstbaues und namentlich auf dem Gebiete der Lehr- tätigkeit geschieht, so wird man doch sagen müssen, daß bei uns in dieser Beziehung gewiß keine Rückständigkeit herrscht.

Was den vom Herrn Abg. Geppert angeregten Gedanken der Veranstaltung von W a n d e r l e h r k u r s e n anbelangt, so wird die Großh. Regierung hierüber in nähere Erwägungen eintreten. Zum Schluß möchte ich nur noch hier mitteilen, wie sich die Ausgaben, die in Baden von seiten des Staates für den Obstbau gemacht werden, zu denjenigen anderer Länder verhalten. In Baden wird aus den in unserem Budget in Titel XVI § 38 (für Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen) vorgesehenen Mitteln durchschnittlich der Betrag von jährlich 8000 M. für den Obstbau ausgegeben. Hierzu

kommen aber noch eine Reihe anderer Aufwendungen, insbesondere für die Lehrkurse, dann für die Besoldung der Obstbautechniker, die Wandervorträge usw., sodaß im ganzen mit einer Summe von jährlich etwa 25 000 Mark zu rechnen ist. Nach Mitteilungen aus Bayern hat der bayerische Staat in den Jahren 1897—1903 durchschnittlich 18 700 M. für den Obstbau verwendet; in Württemberg wurden für den gleichen Zweck 7287 M. ausgegeben, sodaß Baden nicht nur relativ, sondern absolut an der Spitze steht. Es ist aus den bayerischen Jahresberichten auch nicht zu entnehmen, daß in Bayern etwa in den letzten Jahren erheblich mehr für den Obstbau aufgewendet wurde als früher.

Ab. Dr. Heimbürger (Dem.): Nachdem im Laufe der Debatte von verschiedenen Seiten auf die Wirkung der Handelsvertragspolitik und auf die Folgen der Handelsverträge für die Landwirtschaft eingegangen worden ist, werden Sie vielleicht von mir erwarten, daß ich eine ausführliche Würdigung dieser wirtschaftspolitischen Fragen vornehme. Aber ich glaube, Sie werden mir dankbar sein, wenn ich diese Erwartung täusche, und ich kann das mit umso besserem Gewissen tun, als ich nicht einsehe, warum wir uns hier in diesem Landtage in eine ausführliche Erörterung der Schutzzölle und Freihandel einlassen sollen. Es kann dem Landtag natürlich nicht das Recht bestritten werden, auch Fragen, die in erster Linie den Reichstag angehen, in den Kreis seiner Erörterung zu ziehen; aber es soll das doch nur geschehen, wenn damit eine Einwirkung auf die Reichspolitik bezweckt wird. Das kann gegenwärtig aber nicht der Fall sein. Unser Zolltarif ist auf eine Reihe von Jahren hinaus festgelegt, wir können nichts daran ändern, ob wir ihn für richtig oder für falsch halten. Und wenn wir doch große Reden darüber halten, haben diese Reden nicht mehr wert als der Chor in der griechischen Tragödie, die sich schön und erhebend anhören mögen, die aber auf den Gang der Handlung keinen Einfluß haben.

Eines darf aber doch gesagt werden gegenüber manchen pessimistischen Betrachtungen, die wir haben hören müssen: Die Prophezeiungen, die zu Beginn der 90er Jahre von extrem agrarischer Seite in die Welt hineingerufen worden sind, daß die Handelsverträge zum Ruin der Landwirtschaft führen müßten, sind glücklicherweise nicht in Erfüllung gegangen. Ich glaube im Gegenteil sagen zu dürfen, daß unsere Landwirtschaft heute im allgemeinen besser daran ist, als sie es vor 15 Jahren war. Ich sage nicht, daß das eine Folge der Handelsvertragspolitik war; aber es ist doch ein Beweis dafür, daß die Handelsvertragspolitik nicht die schlimmen Folgen gehabt hat, die man von gewisser Seite anfangs gewissagt hat. Wenn wir uns fragen, wie diese Besserung der Lage der Landwirtschaft zustande gekommen ist, so sind es die einst so verachteten kleinen Mittel gewesen, die der Kollege Kolb als organische Mittel bezeichnet hat, die die Lage unserer Landwirtschaft zweifellos verbessert haben. Es ist diese Besserung hauptsächlich dadurch gekommen, daß man für Ausfälle, die man auf einem Gebiete gehabt hat, auf anderem Gebiete Ersatz gesucht hat, daß man, nachdem der Ackerbau nicht mehr so ertragreich war, wie er früher gewesen ist, zu anderen Zweigen der Landwirtschaft übergegangen ist, daß man insbesondere im badischen Oberland in einer stärkeren Betonung und intensiveren Inanspruchnahme der Viehzucht sich eine Einahmequelle verschafft hat, die durchaus nicht zu verachten ist. Es ist ja im Hause auch von den Rednern, die die Lage der Landwirtschaft ziemlich pessimistisch betrachtet haben, nicht bestritten worden, daß gerade auf diesem Gebiete wesentliche Fortschritte gemacht sind, daß es gelungen ist, eine Hebung der Viehzucht, eine Verbesserung der Rassen in unserem

Landes herbeizuführen, an die man früher nicht gedacht hat.

Ebenso haben die Landwirte da und dort es verstanden, durch vermehrten Anbau und bessere Behandlung der Handelsgewächse sich einen Ersatz für anderwärtige Ausfälle zu verschaffen.

Zusätzliche aber ist die Besserung der Lage der Landwirtschaft, hervorgerufen durch Verbesserungen des Betriebs, unserem Unterrichtswesen zu verdanken, und es ist gewiß ein gutes Zeichen für unsere Landwirtschaft, daß auch in ihre weitesten Kreise hinein das Verständnis für die Wichtigkeit eines guten allgemeinen und fachlichen Unterrichts gedrungen ist, und daß wir heute gerade aus bäuerlichen Kreisen immer stärker und immer bringender den Ruf nach Verbesserung der Volksschule, aber auch nach vermehrter Einführung von landwirtschaftlichen Fachschulen hören. Ich glaube, eine Landwirtschaft, aus der dieser Ruf ertönt, darf nicht ohne weiteres, wie es geschieht, als „rückständig“ bezeichnet werden; da darf man sagen, daß sie Verständnis hat für die Aufgaben, die ihrer warten und auch Verständnis hat für die Mittel, mit denen sie an die Aufgaben herantreten muß.

Der Ausdruck des Herrn Kollegen Kolb von der Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der bei mehreren Rednern so starken Widerspruch gefunden hat, ist mir nicht so tragisch vorgekommen. Herr Kolb ist eine impulsive Natur und solche lassen sich leicht zu Äußerungen hinreißen, die einen berechtigten Kern haben, aber nicht bis in die äußersten Konsequenzen als richtig anerkennen sind. Es kommt eben darauf an, von welchem Standpunkt aus man die Sache betrachtet. Wenn wir uns das Ideal vorstellen, das wir der Landwirtschaft wünschen möchten, wenn wir ins Auge fassen, was in der Zukunft noch alles zu arbeiten und zu tun ist, werden wir sagen: Ja, da fehlt es noch da und dort, da ist noch vieles im Rückstand. Wenn wir aber auf der anderen Seite sehen, was in den letzten Jahrzehnten wirklich geleistet worden ist, werden wir es anerkennen, daß ein wirklicher Fortschritt stattgefunden hat, und daß unsere Landwirtschaft es immerhin sich zur Ehre anrechnen darf, daß sie diese Bahnen einzuschlagen verstanden hat, und wenn wir heute die herzerquickende Rede unseres Kollegen Sängler mit angehört haben, so werden wir uns auch sagen müssen, wenn sie in diesen Bahnen bleibt, so werden wir an ihrer Zukunft nicht zu verzweifeln brauchen.

Es ist auf gewisse mangelhafte Einrichtungen an den landwirtschaftlichen Winterschulen hingewiesen worden. Es scheint mir auch, es wäre richtiger, wenn wir zweiklassige Schulen einrichten würden, sodas diejenigen Schüler, die im zweiten Jahre wieder kommen, nicht den gleichen Unterricht haben wie im ersten Jahre. Ich glaube, es würde das auch auf den besseren Besuch des zweiten Kurses hinwirken. Es ist ganz natürlich, daß geistig besonders aufgeweckte Leute nicht gern zum zweiten Mal das wieder mit anhören, was sie schon im wesentlichen das erste Mal gelehrt bekommen haben; wenn nun ein zweiter Kursus eingerichtet würde, so würde das auch die Wirkung haben, daß diese hochbegabteren Elemente eher den zweiten Kursus besuchen würden, als das jetzt der Fall ist.

Welche Lehrer angestellt werden, ob es Württemberger oder Badener sind, das wird erst in zweiter Reihe in Betracht kommen; aber ich möchte auch sagen, daß auch mir die Klage schon vorgetragen worden ist, daß ein auffallendes Überwiegen des württembergischen Elementes zu verzeichnen sei. Der Herr Minister hat darauf hingewiesen, daß Württemberg für die Reorganisation seiner Gewerbeschulen sich einen Badener geholt hat; das ist zweckmäßig gehandelt von Württemberg, und ich verstehe es auch, daß, als man bei uns etwas

einzuführen suchte, was Württemberg schon hatte, man sich einen Fachmann aus Württemberg geholt hat, um die Organisation einzurichten. Aber es sollte dann das Bestreben dieses Fachmannes sein, nun im eigenen Lande die Kräfte nachzuziehen, sodas, wenn auch die erste Organisation von auswärts gekommen ist, wir später immer mehr im eigenen Land die Kräfte finden, um die Weiterbildung der Organisation von uns selbst aus vornehmen zu können.

Wünschenswert ist auch der weitere Ausbau des Genossenschaftswesens für die Landwirtschaft. Ich will aber darauf nicht im einzelnen eingehen, da das schon von anderer Seite geschehen und die Zeit schon sehr vorgeht. Ich möchte nur auch wünschen, daß für die Tabakbauern das Genossenschaftswesen mehr in Aufnahme käme. Gerade in meiner Heimat mangelt es da noch etwas, und es scheint mir, daß es dringend wünschenswert wäre, daß auf diesem Gebiete die genossenschaftliche Organisation mehr eingeführt würde. So wie die Sache jetzt ist, sind beim Tabakverkauf die Bauern den Händlern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Der Verkauf vollzieht sich oft mit einer wirbelwindartigen Geschwindigkeit: lange Zeit hört man gar nichts davon, daß ein Händler Tabak kaufen will; dann eines schönen Tages erscheinen sie, und an einem oder zwei Tagen ist der ganze Vorrat aufgekauft, und diejenigen Bauern, die ihren Tabak aus irgendwelchen Gründen zurückgehalten haben, bekommen ihn nun nicht mehr los. Die Bauern sind also genötigt, ihren gesamten Vorrat an den zwei Tagen loszuschlagen, oder aber sie riskieren, daß sie einen nennenswerten Betrag überhaupt nicht mehr dafür bekommen. Das ist ein Zustand, der nicht wünschenswert ist. Andererseits wäre es aber auch wünschenswert für die Händler, daß eine Organisation bestünde; denn eine solche Organisation gibt ihnen immer eine viel größere Garantie für die Reellität der Ware und für deren richtige Behandlung, als das jetzt der Fall ist, wo der einzelne die ganze Behandlung nach seinem Belieben macht. So wie es jetzt ist, hat der Einzelne, der noch mit besonderem Fleiß arbeitet, eigentlich keinen Lohn für diesen besonderen Fleiß, den er auf seine Ware verwendet hat; denn es wird in einer Gemeinde im allgemeinen ganz der gleiche Preis für den Tabak bei allen Bauern bezahlt, ganz abgesehen davon, ob ein besonderer Fleiß und besondere Sorgfalt darauf verwendet ist oder nicht. (Sehr richtig!)

Es kommt auch vor, daß in einer Gemeinde A 2 M. mehr bezahlt werden, als in der ganz nahen Gemeinde B, und wenn nun jemand aus A in der Gemarkung B Feld pachtet und dort Tabak pflanzt, so bekommt er beim Verkauf doch 2 M. mehr, obgleich der Tabak auf demselben Boden gewachsen ist, wo sonst weniger bezahlt wird. Das würde durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß zweifellos besser werden, und ich zweifle nicht daran, daß die Groß-Regierung immer geneigt sein wird, wo Neigung dazu herrscht, die Sache in jeder Beziehung zu fördern und den Leuten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Die Geflügelzucht ist bis jetzt ein Gebiet der Landwirtschaft gewesen, das lange Zeit sehr im argen lag, und es ist deshalb gewiß zu begrüßen, daß man nun sucht, durch Gründung von Genossenschaften und dergl. die Geflügelzucht zu heben. Aber auf der andern Seite wird geklagt, daß man nun, wo man zur Gründung von Genossenschaften geht, mit einer gewissen und berechtigten Schroffheit gegen die Geflügelzuchtvereine aufträte, die bisher doch sehr Dankenswertes für die Hühnerzucht bei uns geliefert haben. Es wird dem Respektanten eine gewisse Voreingenommenheit gegenüber diesen Geflügelzuchtvereinen vorgeworfen, ich weiß nicht mit Recht oder Un-

recht. Nebenbei wird noch bemerkt, daß jener Respizient den Titel eines „Wanderlehrers für Geflügelzucht im Ministerium des Innern“ trägt. Wenn er diesen Titel wirklich führt, so glaube ich, daß der Titel nicht der Wahrheit entspricht; denn ich meine, daß man im Ministerium weder den Raum noch das Personal habe, um diese Tätigkeit in dem Umfange zu treiben, daß dafür ein Wanderlehrer nötig wäre. Es wird insbesondere darüber geklagt, daß man sich bei der Unterstützung auf einige wenige Rassen beschränke, und daß man Vereine, die andere Rassen züchten, von der Unterstützung ausschließe. Es ist nun gewiß richtig, daß man nicht die Zucht derjenigen Rassen fördern soll, die als reines Sportgeflügel zu betrachten sind, sondern daß man die Unterstützung auf das Nutzgeflügel beschränkt. Es ist aber doch sehr fraglich, ob man so weit gehen soll, wie es geschehen ist, ob man sich auf die im Bericht angegebenen Rassen beschränken, oder ob nicht anderen Rassen auch eine Unterstützung gewährt werden soll. Nun wurde ja auch von dem Herrn Regierungskommissär erklärt, es solle nicht für alle Zeiten so sein, man könne später die Unterstützung auch noch auf andere Rassen ausdehnen. Ich meine, man sollte eher umgekehrt verfahren und im Anfange etwas weitherziger sein; denn einem Geflügelzüchter ist nun einmal diejenige Rasse, die er bisher gezüchtet hat, besonders ans Herz gewachsen, und wenn er gute Erfahrungen damit gemacht hat, so geht er nicht gern von dieser Rasse zu einer anderen über, und deshalb meine ich, sollte man gerade, um die Leute für die Genossenschaft zu erwärmen, einen viel größeren Spielraum eintreten lassen. Man kann auch nicht sagen, für diese Landgegend ist die und die Rasse die ideale Rasse. Das kommt auf die verschiedenen Verhältnisse an, und zwar nicht nur von einem Dorf zum anderen, sondern auch der Bauer, der einen großen Garten besitzt, und der sein Geflügel frei laufen lassen kann, der wird schon eine andere Rasse züchten als derjenige, dessen Geflügel auf einen engeren Raum beschränkt ist; deshalb meine ich, man sollte die Sache nicht so eng beschränken, man sollte gerade, um die Leute für die Genossenschaft zu erwärmen, auch da weitherziger sein und sollte insbesondere auch den Geflügelzüchtern nicht mit Voreingenommenheit entgegenreten. Die Geflügelzuchtvereine haben sich doch zweifellos ein Verdienst um die Hebung unserer Geflügelzucht erworben. Es ist ja leider bei den Hühnern die alte Landrasse in vielen Gegenden ganz verschwunden. Sie ist verborben worden durch Geflügel, das von Händlern von außen heringebracht worden ist. Es mußten erst gute Rassen wieder herangezüchtet werden, und gerade hieran haben doch die Geflügelzuchtvereine sich ein Verdienst erworben, das man nicht mit Undank lohnen sollte, das im Gegenteil alle Anerkennung wert ist.

Es ist dann auch noch hingewiesen worden, wie lobend jetzt die Schweinezucht für den Bauersmann sei, und daß das gerade für den kleineren Bauer ein Gebiet sei, auf dem er etwas leisten könne. Auch der kleinste Bauersmann kann leicht dazu übergehen, Schweine zu züchten, und es ist gewiß wünschenswert, wenn auch hier möglichst eine Förderung eintritt. Es ist mir gegenüber nur in diesem Punkte aus meinem Bezirk ein Wunsch geäußert worden, den ich da vortragen möchte. Es wünschen die Leute aus dem Nied, die sich ja viel mit Schweinezucht abgeben, daß ein Schweinemarkt auch im Nied, etwa in dem zentral gelegenen Ottenheim, eingerichtet werde. Jetzt ist die Einrichtung so, daß die

Niedbauern, wenn Schweinemarkt ist, mit einander nach Lahr fahren. Dort in Lahr kaufen sie sich dann gegenseitig die jungen Schweine ab, und dann fahren sie wieder wieder miteinander nach Hause zurück (Seiterkeit); das könnte man etwas einfacher machen, indem man im Nied selbst einen solchen Schweinemarkt errichtete. Ich weiß wohl, daß der Bezirksrat früher einmal, als das Projekt ventilirt wurde, es abgelehnt hat, und darauf bestand, der Markt solle in Lahr sein. Ich weiß aber auch, daß die Bauern mit diesem Bezirksratsbeschlusse garnicht einverstanden waren, und heute noch nicht sind, und daß jenes Bezirksratsmitglied, das dem Ausschlag in dem entgegengesetzten Sinne gegeben hat, recht hart beurteilt wurde. Ich möchte deshalb bitten, daß man diesen Punkt ins Auge faßt.

Ueber die Weifrage will ich mich nicht näher auslassen, so sympathisch ja natürlich gerade dieser Zweig der Landwirtschaft den meisten von uns sein dürfte. Es ist aber von so sachverständiger Seite darüber geredet worden, daß ich mich auf wenig beschränken kann. Gefreut habe ich mich über die Rede des Herrn Kollegen Zhrig und das Lob, das er dem Umweger dabei gezollt hat. Ich habe mich auch deshalb gefreut — ich kann es dem Hause verraten — weil ich der Kollege gewesen bin, der ihn zu diesem Ausflug verleitet hat, worüber ich mir nachher einige Gewissensbisse gemacht habe. Nachdem ich nun aber gesehen habe, zu welcher fruchtbareren und schönen Gedanken ihn der Ausflug begeistert hat, bin ich in meinem Gewissen wieder ganz beruhigt (Seiterkeit).

Nun noch ein kurzes Schlußwort über eine Neuherung des Herrn Kollegen v. Menzingen. Es ist über das Verhältnis des Adels und der Bauernschaft gesprochen worden, und der Herr Kollege v. Menzingen hat darauf geantwortet: der Adel habe die Nase gerade so mitten im Gesicht wie das Bürgerium; der Adel wünsche auch keine Vorrechte. Nun, was das erste anbetrifft, so wäre diese Versicherung nicht gerade notwendig gewesen. Die Nasen sind es nicht, wegen deren man am Adel jemals Anstoß genommen hat. Anstoß hat man genommen wegen seiner Vorrechte, und man darf gerade bei der Beratung des landwirtschaftlichen Budgets vielleicht auf ein Vorrecht hinweisen, das der Landwirtschaft manchmal recht schädlich ist, das sind die adeligen Fideikomnisse. Wenn nun der Herr Kollege v. Menzingen wirklich die Ansicht vertritt, daß der Adel keine Vorrechte mehr haben soll, so möchte ich ihn bitten, daß er auch im Kreise seiner Ständegenossen recht eifrig für diesen Gedanken Propaganda macht, und daß er dann vielleicht einmal hier im Hause einen Antrag auf Aufhebung dieses Vorrechts der Fideikomnisse einbringt. An Unterstützung soll es ihm nicht fehlen (Abg. v. Menzingen: Bürgerliche Fideikomnisse! Dafür bin ich!). Wir wollen auch keine bürgerliche Fideikomnisse. Vorrechte sind Vorrechte, ob sie in den Händen von Bürgerlichen, oder in den Händen von Adelligen liegen, und wir wünschen nicht eine Erweiterung dieser Vorrechte, sondern eine Beseitigung; denn alle Bürger und Bauern werden doch wohl nicht Fideikomnisse bekommen können. Es wird also immer ein Vorrecht für diejenigen sein, die im Genuß eines solchen für die Erhaltung des Wohlstandes der Familie so wertvollen Instituts sind (Bravo!).

Hierauf wird die Debatte abgebrochen.

Schluß der Sitzung um 8 Uhr 25 Min. nachmittags.